No. 16
11/2008

INFO animation

1 Editorial
2 Engagiert als Jugendparlamentarierin
4 Jugendparlamente/Jugendräte: politisch?
7 „Jugend Mit Wirkung“ - Partizipation in der Gemeinde
8 „Jugend Mit Wirkung“ - Ein Praxisbeispiel aus der offenen Jugendarbeit
10 Jugend (poli)tickt
15 Mitreden und Mitentscheiden in der Bodenseeregion
19 Vorankündigung - Mädchenarbeit Im Umbruch – Neuer Anspruch
20 Die Jugendsession: Das Projekt, seine Ziele und seine Organisation
22 Jungparteien und weitere Partizipationsplattformen

JUGEND WIRKT MIT

Editorial

Offene Jugendarbeit stärkt Jugendliche – indem sie ihnen die Erfahrung ermöglicht, ihre Lebenswelt aktiv selbst zu gestalten. In der offenen Jugendarbeit findet Partizipation im Alltag statt: Aktivitäten leben erst durch die Beteiligung der Jugendlichen, und auch in kleinen Schritten wird Verantwortung eingeübt. Rund um den Partizipationsbegriff entstehen aber auch Missverständnisse. Ist ein Schülerbandfestival schon Bürgerrechtserziehung? Hat es schon etwas mit Politik zu tun, wenn Jugendliche in einem Treff abhängen? Oder ist Politik nur der abgehobene Machtpoker in Bundesbern, der Jugendlichen nichts bringt?

Politik bedeutet doch eigentlich, das gemeinsame Gestalten unserer Gesellschaft; dazu gehören auch die Strukturen und Gefässe, die dafür entstanden sind.
In diesem Heft stellen wir Ihnen Projekte und Formen vor, die in diesem Sinne politische Beteiligung Jugendlicher ermöglichen – nah am Alltag und mit einem offenen Ohr.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Elena Konstantinidis, Geschäftsführerin DOJ/AFAJ

ENGAGIERT ALS JUGEN

Alexandra Molinaro

Kurt Sontheimer, ein Politologe, liess einmal verlauten: «Der Jugend gehört die Zukunft - aber eben erst die Zukunft». Für uns Jugendliche, auf die Politik bezogen, soll das wohl heissen, dass wir zwar irgendwann einmal Etwas zu sagen haben werden, heute aber bestimmt noch nicht. Und obwohl Sontheimer diese Aussage vor über hundert Jahren gemacht hat, würden ihm auch heute nicht Wenige zustimmen. Doch ich bin diesbezüglich anderer Meinung. Wie Sontheimer richtig festgestellt hat, gehört uns Jugendlichen die Zukunft und wir werden in dieser Zukunft auch leben müssen. Daher bin ich überzeugt, dass vor allem die Jugend auch einbezogen werden muss, wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht. Und dies nicht nur, indem man für jugendspezifische Themen ab und zu eine Schulklasse oder gar, einen Jugendexperten befragt, sondern indem man Jugendliche öffentlich zu Wort kommen lässt, ihnen eine Stimme gibt und sie an Entstehungsprozessen teilhaben lässt. Aus diesem Grund engagiere ich mich seit mehreren Jahren in einem Jugendparlament und setzte mich in erster Linie für ein gewichtigeres Mitspracherecht der Jugendlichen ein. Das Jugendparlament ist eine Institution, wo Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren ihre ersten Erfahrungen in der Welt der Politik sammeln können, ohne sich schon zu einer bestimmten Partei bekennen zu müssen. Ein Jugendparlament entscheidet oft autonom über seine Aktivitäten und Themen und besteht aus einem Parlament und einem Vorstand. Zudem werden einige Jugendparlamente, wie das Jugendparlament Amtsbezirk Interlaken, bei Bedarf von der Jugendarbeit unterstützt oder arbeiten eng mit der Jugendarbeit zusammen an bestimmten Projekten. Als ich dem Jugendparlament beitrat, verfügte ich über kein grosses politisches Wissen. Das war jedoch nicht sehr schlimm, da ein Jugendparlament vor allem Sachpolitik betreibt und sich in der Regel auf seine Gemeinde, Stadt, Region oder seinen Kanton beschränkt. Ich machte als Mitglied des Jugendparlaments Amtsbezirk Interlaken zu Beginn an diversen Anti-Rassismus-Projekten in der Region mit und nahm an den ordentlichen Sitzungen teil. Zu dieser Anfangszeit des Jugendparlaments Amtsbezirk Interlaken wussten viele noch nicht, was ein Jugendparlament ist oder was es macht und viele hatten auch eine ablehnende Haltung gegenüber dieser handvoll Jugendlichen, die sich ernsthaft für die Zukunft und somit für die Politik der Region zu interessieren schienen.

Nach und nach lernte ich, wie man einen Anlass oder ein Projekt plant, durchführt und evaluiert. Später übernahm ich das Amt der Vizepräsidentin des Jugendparlaments und begann die Leitung von Projekten oder Sitzungen zu übernehmen. Ich sammelte noch mehr Erfahrungen und erweiterte mein Wissen, welches ich bei Projekten oder an Anlässen direkt anwenden konnte. So kam es, dass wir Jugendliche auch immer mehr auf die aktuellen jugendspezifischen Politikthemen eingingen und zum Beispiel des Öfteren Podiumsdiskussionen organisierten. Auch der Themenschwerpunkt, mit welchem sich unser Jugendparlament befasst, wechselt. So beschäftigen wir uns nun zum Beispiel weniger mit dem Thema Rassismus, dafür immer mehr mit der Höhematte, welche in unserer Region zu einem sozialen Brennpunkt wurde. Gemeinsam mit der Jugendarbeit machen wir verschiedene Projekte rund um die Höhematte und erstellen auch gemeinsam eine Lebensweltanalyse, für welche wir schlussendlich den Mitwirkungspreis des Kantons Bern gewonnen haben. Zudem nahm ich durch meine Mitgliedschaft im Jugendparlament regelmässig an diversen Veranstaltungen

NDPARLAMENTARIERIN

des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente DSJ teil, wie zum Beispiel der Delegiertenversammlung oder der Jugendparlamentskonferenz. Dort lernte ich nicht nur viele JugendparlamentarierInnen kennen, sondern auch den DSJ selbst. Es reizte mich, nicht nur auf kommunaler und regionaler Ebene Jugendpolitik zu betreiben sondern dies auch auf nationaler Ebene zu versuchen. So entschloss ich mich vergangenen April, die Wahl in den Vorstand des DSJ anzutreten und wurde gewählt. Seither helfe ich als Co-Präsidentin im DSJ mit. Über all die Zeit im Jugendparlament und nun auch im DSJ sammelte ich wertvolle Erfahrungen und sah, dass die Bemühungen eines Jugendparlaments sicher nicht umsonst sind. Das Jugendparlament Amtsbezirk Interlaken hat heute nicht nur zwei Sitze im Grossen Gemeinderat von Interlaken, sondern wird auch vermehrt zu jugendspezifischen Themen angefragt oder JugendparlamentarierInnen werden in verschiedene Arbeitsgruppen, Kommissionen etc. aufgenommen. Viele in unserer Region, Politiker wie Privatpersonen, kennen und schätzen heute unser Wirken. Auch von den meisten Gemeinden und Institutionen werden wir unterstützt und können bei Bedarf auf deren Mithilfe zählen. Trotzdem ist mir und meinen KollegInnen aus dem Jugendparlament klar, dass es immer wieder einzelne Personen oder Gruppen geben wird, die das Gefühl haben, dass Jugendliche und die Politik zwei unvereinbare Sachen sind. Und es wird noch ein langer Weg sein, bis die Jugendlichen aufrichtig von der Mehrheit in der Politik akzeptiert werden. Doch ich bin mir sicher, dass man mit der Zeit immer mehr Leuten zeigen kann, was für einen Nutzen ein Miteinbezug der Jugend bringt und irgendwann einmal nicht mehr die allgemeine Meinung herrscht, dass man für die Jugend eine schöne Zukunft gestalten soll, sondern die Jugend an der Gestaltung ihrer zukünftigen Lebensumständen auch teilhaben lässt.

Alexandra Molinaro ist Co-Präsidentin des DSJ und Vizepräsidentin Jugendparlament Amtsbezirk Interlaken.

JUGENDPARLAMEN
POLIT

Sabine Sahli

Jugendparlamente und Jugendräte setzen sich immer wieder mit den Begriffen Jugendpolitik und Politik auseinander.
Was bedeutet „politisch“? Was impliziert der Anspruch, politisch neutral zu sein? Steht hinter der Realisierung eines Projektes ein politischer Prozess? Oder ist es gar möglich, als Jugendparlament / Jugendrat völlig apolitisch zu sein? Und wäre dies überhaupt wünschenswert?

So wie sich Jugendparlamente in ihrer Zusammensetzung, Verankerung im Umfeld, ihren Themen und Projekten unterscheiden, so sehr unterscheiden sie sich auch in der Auslegung des Anspruches, politisch zu sein. Die Spannweite reicht von Jugendparlamenten und Jugendräten, die sich bei Wahlen aktiv engagieren (z.B. „wählt Jung!“) und aktuelle politischen Themen, wie Stimmrechtsalter 16 aktiv unterstützen, bis zu Jugendparlamenten, die von sich behaupten, völlig apolitisch zu sein. Toleranz und Akzeptanz der Vielfalt ist also gefragt, wenn Jugendparlamente und Jugendräte gemeinsam diese Begriffe diskutieren. Gemeinsame Nenner finden sich dennoch. So sind sich z.B. die Jugendparlamente und Jugendräte einig, dass sie sich von Parteipolitik zu Gunsten einer (jugendrelevanten) Sachpolitik distanzieren wollen. Dies gilt auch für Jugendparlamente wie das Jugendparlament des Kantons Wallis, welches sich aus Vertretern aus den verschiedenen Jugendparteien, Schulen etc. zusammensetzt. Zudem fokussieren sich Jugendparlamente und Jugendräte meistens auf jugendrelevante Themen und möchten Politik von, mit und für Jugendliche machen. Es wäre also möglich, in diesem Sinne den Begriff Jugendpolitik zu benutzen.
Gemeinsam ist allen Jugendparlamenten und Jugendräten sicher auch, dass ihre Vorgehensweise, je nach Verständnis des Begriffes, politisch ist. Denn alle Jugendparlamente und Jugendräte pflegen die demokratische Entscheidungsfindung. Sei es bei den Wahlen in den Vorstand als auch bei der Entscheidungsfindung ob ein Projekt realisiert oder ein (politisches) Thema vertieft und behandelt werden soll. Also sind Jugendparlamente und Jugendräte doch nicht apolitisch? Sicher nicht, wenn man die Form der (internen) Vorgehensweise in die Diskussion miteinbezieht.

Aber sollen oder gar müssen Jugendparlamente und Jugendräte nun auch gegen Aussen politisch aktiv sein? Sollen sie Sachpolitik auf kommunaler, regionaler, kantonaler oder gar nationaler Ebene betreiben? Ist die Existenz eines Jugendparlaments oder Jugendrats nur dann gerechtfertigt?
Dies ist ein Anspruch, der oft von Erwachsenen an ein Jugendparlament / einen Jugendrat gestellt wird. Doch sind die Erwachsenen dann auch bereit, ein Jugendparlament oder einen Jugendrat ernst zu nehmen und die notwendigen Gefässe, rechtlich wie institutionell zu schaffen, damit die Stimme der Jugend, vertreten durch ein Jugendparlament oder Jugendrat, auch ernst genommen werden muss?

Die Erfahrung zeigt, dass dies nicht immer der Fall ist. Denn zurzeit verfügen z.B. längst nicht alle Jugendparlamente und Jugendräte über ein Motionsrecht.
Immerhin kann gesagt werden, dass bei Neugründungen diese Diskussionen geführt werden und die vermehrte Diskussion um Jugendförderung, Jugendpartizipation und v.a. auch die (Rück-)Besinnung auf die Kinderrechte zu einem Umdenken und einer grösseren Offenheit diesbezüglich führt und relativ optimistisch in die Zukunft schauen lässt.

Jugendparlamente / Jugendräte: Alibiübung oder doch wertvoller Beitrag an die Gesellschaft?

Doch zurück zur Frage, ob Jugendparlamente und Jugendräte ohne die Möglichkeit zur direkten politischen Einflussnahme nur Alibiübungen sind. Aufgrund meiner Erfahrung würde ich diese Frage vehement verneinen. Es ist zwar schade, dass die Möglichkeiten eines Jugendparlaments oder Jugendrats diesbezüglich

NTE/JUGENDRÄTE:
ISCH?

beschränkt sind, aber es gibt andere wichtige Eigenschaften, die Jugendparlamente und Jugendräte zu Institutionen machen, die wertvolle Beiträge an die Gesellschaft leisten können.

So lernen Jugendliche in Jugendparlamenten und Jugendräten nicht nur die bereits erwähnte demokratische Entscheidungsfindung, die Akzeptanz einer anderen Meinung als der eigenen und den Umgang mit einem Mehrheitsentscheid.
Sie lernen nämlich des Weiteren, Argumentationen zu führen, d.h. sich des eigenen Standpunktes im Klaren zu sein, dem Gegenüber zuzuhören und sich verbal gut auszudrücken. Dies sind alles Eigenschaften, welche im weiteren Lebensverlauf eines jeden einzelnen von grossem Nutzen sein können. Zudem sind demokratische Gesellschaften auf Mitglieder angewiesen, welche Fähigkeiten zur Führung von Diskursen besitzen. Die vielseitigen Anforderungen an eine Gesellschaft in der heutigen Zeit der Individualisierung erfordern eben gerade Bürger und Bürgerinnen, welche sich für die verschiedensten Problemlagen einsetzen und im demokratischen Prozess Lösungen suchen.
Und sie lernen, was es bedeutet, konkrete Projekte zu realisieren. Also den Umgang mit Zielen und Visionen, mit Teammitgliedern, Projektepartnern, Behörden und manchmal auch mit Hindernissen und Frustration.

Ein Jugendparlament oder Jugendrat gibt Jugendlichen folglich auf verschiedenste Art und Weise die Möglichkeit, relativ eigenständig auf ihre Lebenswelt Einfluss zu nehmen. Und dies immer mit dem Anspruch: Von, mit und vor allem auch für Jugendliche. Sie werden zu den oft gewünschten und geforderten aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die sich für ihre Lebenswelt einsetzen und engagieren. Und sie lernen in ihrem Jugendparlament und Jugendrat, was „gelebte Demokratie“ alles bedeutet. Erwähnen möchte ich dazu nur einen Punkt, der mir aber als sehr wichtig erscheint.
Moderne oder „gelebte“ Demokratie impliziert eigentlich den Anspruch auf Akzeptanz der Vielfalt, auf aktive Bürgerinnen und Bürger in einer multikulturellen Gesellschaft. Eine Stärke der Schweizer Jugendparlamente und Jugendräte ist genau dieser Anspruch, nämlich, dass wirklich alle Jugendliche eines Kantons, einer Region oder einer Gemeinde mitmachen können. Und so nutzen z.B. immer mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund Jugendparlamente und Jugendräte, um ohne zusätzliche Hindernisse Einfluss auf ihre Lebenswelt zu nehmen. Jugendparlamente leben also ganz selbstverständlich eine demokratische, multikulturelle Schweiz.
Ein weiteres Beispiel dazu ist die jährliche Jugendparlamentskonferenz des DSJ, an welcher JugendparlamentarierInnen, Jugendrätinnen und Jugendräte sprach- und kulturübergreifend miteinander diskutieren und gemeinsame Projekte lancieren.
Damit wirken Jugendparlamente und Jugendräte sehr stark integrierend und fördern den Zusammenhalt auf nationaler (und vermehrt auch internationaler) Ebene und werden zu wertvollen Gefässen der Jugendbeteiligung und Jugendförderung.

Jugendparlamente / Jugendräte: Jugendarbeit?

JugendparlamentarierInnen, Jugendrätinnen und Jugendräte sind sehr eigenständig und legen grossen Wert auf Jugend(!)partizipation, oft zu 100 %. Dieser Anspruch ist eng verwurzelt mit der Jugendparlamentstradition, die immer wieder durch eine gewollte Distanz zu den Erwachsenen, also durch eine gewollt erwachsenenfreien Zone, durch Autonomie gegenüber den Erwachsenen, geprägt ist. Wussten Sie, dass das maximale Alter in fast allen Jugendparlamenten und Jugendräten 25 Jahre beträgt? Die Zusammenarbeit mit Erwachsenen ist somit für die JugendparlamentarierInnen, Jugendrätinnen und Jugendräte immer auch eine Herausforderung, eine Gratwanderung zwischen Eigenständigkeit, 100% Jugendpartizipation auf der einen Seite und der manchmal dringend notwendigen Unterstützung und Anerkennung seitens der Erwachsenen auf der anderen Seite.

JUGENDPARLAMENTE / JUGENDRÄTE: POLITISCH ?

Aus der Erfahrung kann ich sagen, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit immer ausbalanciert sein sollte. Also ein gegenseitiges Geben und auch Nehmen! Denn Jugendparlamente und Jugendräte haben durchaus einiges zu Geben und wollen dies auch tun, sie wollen, wie bereits erwähnt, Einfluss auf ihre Lebenswelt nehmen. Deshalb erheben sie den Anspruch, als wichtige Partner anerkannt zu werden, sozusagen als Experten in Jugendfragen. An Erwachsenen schätzen sie nicht, wenn diese ihre Erfolge für sich beanspruchen wollen. Auch sind JugendparlamentarierInnen, Jugendrätinnen und Jugendräte in ihren Ansprüchen und in ihrem Auftreten eher selbstbewusst als hilfesuchend. Gleichzeitig brauchen sie aber immer mal wieder Unterstützung und sind dankbar für geleistete Hilfe. Zwischen Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit und benötigter Hilfe und Unterstützung ist also oft ein weiterer schmaler Grat. Und dieser gestaltet die Zusammenarbeit mit Jugendparlamenten und Jugendräten für die Erwachsenen oftmals als schwierig. Als einzige Handlungsanweisung kann ich hier empfehlen, sich dieser Paradoxe und diesen Gratwanderungen bewusst zu sein und JugendparlamentarierInnen, Jugendrätinnen und Jugendräte wie junge Erwachsene zu behandeln, sie ernst zu nehmen und auf Wunsch und bei Bedarf Hilfe (zur Selbsthilfe) anzubieten.

Gute Erfahrungen haben wir mit der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und DSJ bereits bei der Gründung eines Jugendparlaments / Jugendrats gemacht. Das Dreieck Jugendliche, Jugendarbeit und DSJ, letzterer in der Rolle als Bindeglied zwischen Jugendlichen und Jugendarbeit, aber auch Behörden etc. hat sich bewährt. Zudem arbeitet der DSJ im Rahmen der Erstellung des Handbuches zu Jugendparlamenten und Jugendräten daran, die Rolle der Erwachsenen betreffend Jugendparlamenten und Jugendräten auszuformulieren und gerade auch die Jugendarbeit bei den Mitgliedern als wichtige Ressource vorzustellen.

(Vorläufige) Definitionen der Begriffe „politisch“, „politisch neutral“ etc. nach dem Verständnis von Jugendparlamenten und Jugendräten wie auch Informationen zu Gründungen, Jugendparlamenten und Jugendräten werden Sie in Kürze im neuen Handbuch zu Jugendparlamenten finden. Angaben dazu werden ebenfalls auf der Homepage des DSJ aufgeschaltet oder können unter info@dsj.ch erfragt werden.

Jugendparlamente und Jugendräte in der Schweiz

Erste Hinweise für jugendparlamentsähnliche Institutionen finden sich in der Schweiz bereits im 16. Jahrhundert. Heute gibt es in der Schweiz rund 50 Jugendparlamente und Jugendräte die sich auf regionaler bis kantonaler Ebene für die Belangen der Jugendlichen einsetzen. Die meisten Jugendparlamente und Jugendräte der Schweiz sind im Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ vereint. Dieser wurde 1995 gegründet. Als wichtigster Anlass findet jährlich die dreitägige, nationale Jugendparlamentskonferenz JPK statt. Dieses Jahr bereits zum 16. Mal. Sie findet wie üblich am letzen Oktoberwochenende statt. Der DSJ verfügt über eine Leistungsvereinbarung mit dem BSV und finanziert sich über Mitgliederbeiträge, Projekte und Anlässe. Der DSJ setzt sich aus einem ehrenamtlichen Vorstand zusammen und wird von einem Co-Präsidium geleitet. Die Vorstände des DSJ werden jährlich anlässlich der Delegiertenversammlung gewählt und dürfen nicht älter als 25 Jahre alt sein. Zudem verfügt der DSJ über eine Geschäftsleitungsstelle, welche dem Vorstand des DSJ unterstellt ist.

Die Aufgaben des DSJ sind vielfältig. Es sind dies unter anderem die Unterstützung der Mitglieder (Aus- und Weiterbildungsangebote, Tagungen und Konferenzen, Krisenmanagement, Mitgliederverwaltung, Dokumentation, Ausarbeitung von jugendparlamentsrelevanten Themen etc.) und die Koordination und Unterstützung ihrer Aktivitäten. Des Weiteren ist der DSJ für die Interessensvertretung der Jugendparlamente und Jugendräte auf nationaler und internationaler Ebene zuständig und dient als Informations- und Dokumentationsstelle für Mitglieder und Dritte. Er unterhält ein tragendes, nationales und internationales Netzwerk zu anderen jugendrelevanten Organisationen und Behörden und dient als Koordinationsstelle für Zusammenarbeiten. Zudem begleitet und unterstützt der DSJ Gründungen von Jugendparlamenten und Jugendräten.

Sabine Sahli ist Geschäftsleiterin des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente DSJ/FSPJ.

Mehr Infos zum DSJ und den Jugendparlamenten finden Sie unter www.dsj.ch.

„JUGEND MIT WIRKUNG“ - PARTIZIPATION IN DER GEMEINDE

Andy Limacher

Vor über zehn Jahren machte sich eine kleine Jugendinitiative aus der Gemeinde Moosseedorf ins benachbarte Ausland auf, um neue Wege zu finden, wie Jugendliche ins Gemeinwesen eingebunden werden können. Zurück in Moosseedorf entwickelte die Initiative das Modell „Jugend Mit Wirkung“, bei dem Jugendliche und Erwachsene am jährlich stattfindenden Jugendmitwirkungstag konkrete, finanzierbare und realisierbare Projekte erarbeiten, deren Umsetzung im Anschluss ebenfalls gemeinsam angepackt wird.

Aus der Jugendinitiative ist der gemeinnützige Verein Infoklick.ch, Kinder- und Jugendförderung Schweiz entstanden, der heute in der gesamten Schweiz tätig ist. Im Mittelpunkt steht die Förderung von Jugendinitiativen – immer in direktem Kontakt mit den Jugendlichen, aber auch mit deren Bezugspersonen aus Jugendarbeit, Verwaltung und Politik. Gleichzeitig hat sich das Modell „Jugend Mit Wirkung“ von einer lokalen Initiative zu einem nationalen Netzwerk weiterentwickelt: Mittlerweile führen in der Schweiz über 60 Gemeinden Jugendmitwirkungstage durch und integrieren Jugendliche dadurch aktiv ins Gemeinwesen und damit in die Gesellschaft – unzählige lokale Projekte konnten dank „Jugend Mit Wirkung“ umgesetzt werden.

In drei Schritten zu konkreten Projekten

„Jugend Mit Wirkung“ ist einfach, erprobt und kostengünstig. In einem ersten Schritt wird in der Gemeinde ein Infoabend durchgeführt und anschliessend ein Organisationskomitee gegründet, wobei die Rollenverteilung wie folgt aussieht: Die Jugendlichen setzen die Themen des Jugendmitwirkungstages, die Erwachsenen kümmern sich um den Rahmen der Veranstaltung. Am Jugendmitwirkungstag selbst erarbeiten verschiedene Arbeitsgruppen konkrete Projekte zu den von den Jugendlichen vorgegebenen Themen. Wichtig ist, dass die Moderation des Mitwirkungstages jeweils gemeinsam durch eine erwachsene und eine jugendliche Person aus dem Organisationskomitee übernommen werden.
Durch den Dialog zwischen Jugendlichen und Erwachsenen und dem Einbezug erwachsener EntscheidungsträgerInnen werden keine Luftschlösser gebaut: Es geht um finanzierbare Projekte. Nach dem Jugendmitwirkungstag gehen die ausgearbeiteten Projekte ans Organisationskomitee zurück. Es sorgt dafür, dass die Projektgruppen initiiert werden – was in der Regel am Jugendmitwirkungstag bereits geschehen ist.
Alle aktiven Gemeinden sowie regionale Informations- und Vernetzungsangebote finden sich unter www.jugendmitwirkung.ch .

„Jugend Mit Wirkung“ als demokratische Bildung

„Jugend Mit Wirkung“ integriert Jugendliche in die Gesellschaft, steigert das Wohlbefinden und die Gesundheit, erhöht die Identifikation von Jugendlichen mit ihrem Lebensraum, verbessert die Beziehung zwischen den Generationen und fördert Respekt und Toleranz. Darüber hinaus fördert das Modell demokratisches Verständnis und demokratische Bildung – Demokratie wird mit „Jugend Mit Wirkung“ erleb- und spürbar gemacht und bietet Möglichkeiten, im gesellschaftlichen Zusammenleben entsprechend zu handeln. Damit leistet „Jugend Mit Wirkung“ leistet einen wichtigen Beitrag zu ausserschulischen demokratischen Bildung.

„JUGEND MIT WIRKUNG“ - EIN PRAXISBEI

Walti Bickel, Andy Limacher

Zurzeit arbeiten rund 60 Gemeinden mit dem Modell „Jugend Mit Wirkung“. Seit Ende 2007 ist auch die Zürcher Gemeinde Opfikon-Glattbrugg mit dabei: Im Rahmen der Kinder- und JugendPartizipationswoche von Glow[1] wurde ein erster Jugendmitwirkungstag durchgeführt. Ein Praxisbeispiel aus der offenen Jugendarbeit.

„Vor gut einem Jahr entschieden wir uns in der Jugendkommission, „Jugend Mit Wirkung“ auszuprobieren. Vor allem auch deswegen, weil das Modell der Jugendkonferenz – eine Art Gemeindeversammlung für Jugendliche – in letzter Zeit auf weniger Echo gestossen ist“, sagt Walter Bickel, Jugendarbeiter in Opfikon-Glattbrugg. Die Jugendkommission suchte in ihrem Netzwerk nach Interessierten; sie sprach Jugendliche direkt an und rief auch in der lokalen Jugendzeitschrift „PUZZLE“ zur Mitarbeit auf. Schliesslich fanden sich genügend Jugendliche und Erwachsene, um ein Organisationskomitee zu gründen.

Paritätisches Organisationskomitee

Im Organisationskomitee setzen die Jugendlichen die Themen des Jugendmitwirkungstages und motivierten andere Jugendliche zur Teilnahme. Dadurch werden am Jugendmitwirkungstag diejenigen Themen diskutiert, welche die Jugendlichen wirklich interessieren, und es resultieren Projekte daraus, die von ihnen mitgetragen werden. Die Erwachsenen kümmern sich im Wesentlichen um den Rahmen der Veranstaltung (Budget, Räumlichkeiten, Verpflegung, Ausschreibung etc.) und laden weitere Erwachsene ein, die etwas zu den von den Jugendlichen gesetzten Themen beitragen können. Rund 18 Jugendliche und Erwachsene setzten sich in Opfikon für den ersten Jugendmitwirkungstag ein.

Mitwirken an politischen Prozessen

Das Mitwirken in einem Organisationskomitee oder am Mitwirkungstag selbst ist gleichzeitig die Beteiligung an politischen Prozessen, wie Walti Bickel erklärt: „Jugendliche sollen erfahren und erleben, dass ihr Mitdenken und Engagement eine direkte Wirkung erzielt. In erster Linie müssen die Jugendlichen spüren, dass ihre Bedürfnisse gefragt sind und von den Erwachsenen ernst genommen werden. Im Sinne von echter Partizipation sollen Fragen, die Jugendliche betreffen – und das sind bei der Weiterentwicklung der Gemeinde nicht wenige – auch mit diesen diskutiert und entschieden werden.“ Und die Jugendlichen machten mit ihrer Themenwahl für den Jugendmitwirkungstag klar, wo ihre Bedürfnisse liegen: Zur Auswahl standen unter anderem die Öffnungszeiten von Turnhallen, der Skaterplatz Mettlen oder auch die Ausleihmöglichkeiten der Stadtbibliothek.

Erster Jugendmitwirkungstag mit konkreten Ergebnissen

Die Themen lockten am ersten Jugendmitwirkungstag vom 31. Mai 2008 – neben den geladenen Gästen – rund 25 Jugendliche an. Diese diskutierten während dem Nachmittag in sieben Gruppen und präsentierten ihre Ergebnisse anschliessend gegenseitig. An einer Folgesitzung machte sich das Organisationskomitee Gedanken darüber, wie die Umsetzung dieser Projekte nun weiter begleitet werden kann – alle sind zurzeit noch in Arbeit. Auch bei der Umsetzung der Ideen spielt die „politische Mitwirkung“ eine grosse Rolle: „Die Jugendlichen sind gewillt, das Zusammenleben mit ihren Projekten zu verbessern und selber einen Beitrag dazu zu leisten. Bei der Umsetzung lernen die Jugendlichen auch, dass man gewisse Fragestellungen nicht einfach wegreden kann. Grenzen – wie zum Beispiel die politischen Abläufe in einer Gemeinde – werden plötzlich sichtbar und können manchmal auch nicht überwunden werden.“ Die Jugendlichen, so Bickel, müssen sich auf einen Prozess einlassen, wenn sie etwas bewirken wollen. Eine wichtige Erfahrung.

Voraussetzungen für den Erfolg

Wie sich die Projekte in Opfikon entwickeln, lässt sich auf der Website der Jugendarbeit Opfikon verfolgen (siehe Kasten). Für den Erfolg ist die Unterstützung von erwachsenen Schlüsselpersonen, die gewillt sind, die Anliegen der Jugendlichen aufzunehmen, zentral. „Die Schlüsselpersonen müssen einerseits einen gewissen Entscheidungsspielraum und Einfluss in der Gemeinde haben, andererseits auch die Geduld aufbringen, die Jugendlichen einfach mal machen zu lassen“ so Bickel. Und welche Rolle nimmt die Offene Jugendarbeit in Bezug auf die Mitsprache ein? „Unsere Aufgabe ist es, in allen Projekten und Veranstaltungen die Mitsprache der Jugendlichen auf höchstmöglichem Niveau zu halten, was nicht immer der schnellste, aber sicher der nachhaltigste Prozess ist.“ Die offene Jugendarbeit könne als Teil einer breiten Vernetzung in der Jugendpolitik die Stellung der Jugendlichen immer wieder in Erinnerung rufen und als „Anwalt“ die Partizipation von Jugendlichen auf allen Ebenen der Gemeinde fordern. Oft sei die offene Jugendarbeit auch in einigen Gemeindekommissionen oder überregionalen Arbeitsgruppen involviert, wo sie diese Anliegen immer wieder deponieren könne. Jugendbeteiligung passiert nicht von allein – sie braucht einen langen Atem.

Andy Limacher ist Leiter Kinder- und Jugendförderung bei infoklick.ch.
Walti Bickel ist Jugendbeauftragter der Stadt Opfikon.

1 Glow ist ein eigenständiger Wirtschaftsraum im Glattal, der die Gemeinden Bassersdorf, Dietlikon, Dübendorf, Kloten, Opfikon, Rümlang, Wallisellen und Wangen-Brüttisellen umfasst. In der Arbeitsgruppe Jugend der glow haben VertreterInnen aus allen acht Gemeinden Einsitz.

SPIEL AUS DER OFFENEN JUGENDARBEIT

Offene Jugendarbeit Opfikon

Die Jugendarbeit Opfikon ist eine Fach- und Anlaufstelle im Bereich Jugendfragen. Sie unterstützt und begleitet Jugendliche aus Opfikon-Glattbrugg in allen Lebenssituationen. In unserer schnelllebigen Gesellschaft, in der die Vielfalt der Wertmassstäbe immer grösser wird, versucht die Jugendarbeit, den Jugendlichen im Alter von ca. 12 bis 20 Jahren Stütze, Begleitung und Wegweiser zu sein. Aktuelle Fragen und Themen im Bereich Jugend und Jugendarbeit werden in verschiedensten Angeboten und Projekten aufgegriffen. Im Jugendtreff, Mittagstreff und Midnight Game, an Partys, Mädchenabenden, im Bubentreff oder bei speziellen Ferienaktivitäten erleben die Jugendlichen ihre Freiräume und setzen sich mit ihren Alterskolleginnen und -kollegen auseinander. Dabei entstehen oft gute und feste Beziehungen zu den Jugendlichen, die in schwierigen Zeiten wichtig und tragend sind. Die Zusammenarbeit mit Schule, Kirchen, anderen öffentlichen Stellen und Vereinen wird gepflegt. Alle Interessierten werden mittels eigener Zeitschrift, einem speziellen Veranstaltungskalender und der Homepage «www.jugendarbeitopfikon.ch» regelmässig über die zahlreichen Aktivitäten und Anlässe informiert.
Grundlage der Arbeit bietet das Jugendleitbild Opfikon, das in Zusammenarbeit von Stadt Opfikon, Schule Opfikon sowie der reformierten und katholischen Kirche entstanden ist.

Quelle: www.jugendarbeit-opfikon.ch

Walti Bickel
Jugendbeauftragter
Ifangstrasse 19, 8152 Glattbrugg
+41 44 810 53 33
walter.bickel@jugendarbeitopfikon.ch

Umgesetzte Projekte aus Jugendmitwirkungstagen

- Skatepark Zermatt
- Jugendraum Virus07 in Wimmis
- Jugendtreff Bütschwil
- Jugendtreff Villmergen
- Jugendtreff Krauchthal
- Jugendcafé St. Margrethen
- Regelmässige Sportanlässe in Zermatt
- Filmnacht Aeschi-Krattigen
- Umgestaltung Jugendtreff Degersheim
- Jugendmotion Huttwil

Quelle: www.infoklick.ch/jugendmitwirkung/projekte

Infoklick.ch
Kinder- und Jugendförderung Schweiz
Andy Limacher
Sandstrasse 5, 3302 Moosseedorf
+41 31 850 10 90
andy.limacher@infoklick.ch
www.infoklick.ch/jugendmitwirkung

„Jugend Mit Wirkung“ Aus Sicht der Jugend

Interview mit Tanja Grimm, Mitglied des Organisationskomitees, 15 jährig, Opfikon

Was verstehst du unter Mitwirkung Jugendlicher an politischen Prozessen?

Meine eigene Meinung abgeben zu einem Thema; bei einem Gespräch von Erwachsenen mitdiskutieren; und an friedlichen Demonstrationen teilnehmen.

Wie sind deine Erfahrungen mit „Jugend Mit Wirkung“en?

Ich war Mitglied im Organisationskomitee und habe am Jugendmitwirkungstag eine Gruppe geleitet. Ich glaube ich habe das recht gut gemacht, aber ich weiss es natürlich nicht. Ich war motiviert dazu, weil es mir Spass macht, etwas zu Organisieren und etwas zu verändern. Wir hatten regelmässige Sitzungen, an denen die Themen festgelegt und der ganze Tag organisiert wurde. Dann hatten wir den Jugendmitwirkungstag, an dem wir verschiedene Themen diskutierten. Für mich persönlich war das gut, weil ich auf diesem Weg etwas verändern kann und ich habe auch Kontakt gefunden zu «neuen» Leuten. Am Jugendmitwirkungstag gab es ein paar Schwierigkeiten, bis die Diskussionen so richtig in Schwung kamen. Die Ideen waren teilweise schwierig zu machen oder gar nicht möglich.

Was können Jugendliche tun, um mitwirken zu können?

Die Jugendlichen müssen sich einfach engagieren und sich getrauen, ihre Ideen mit einzubringen.

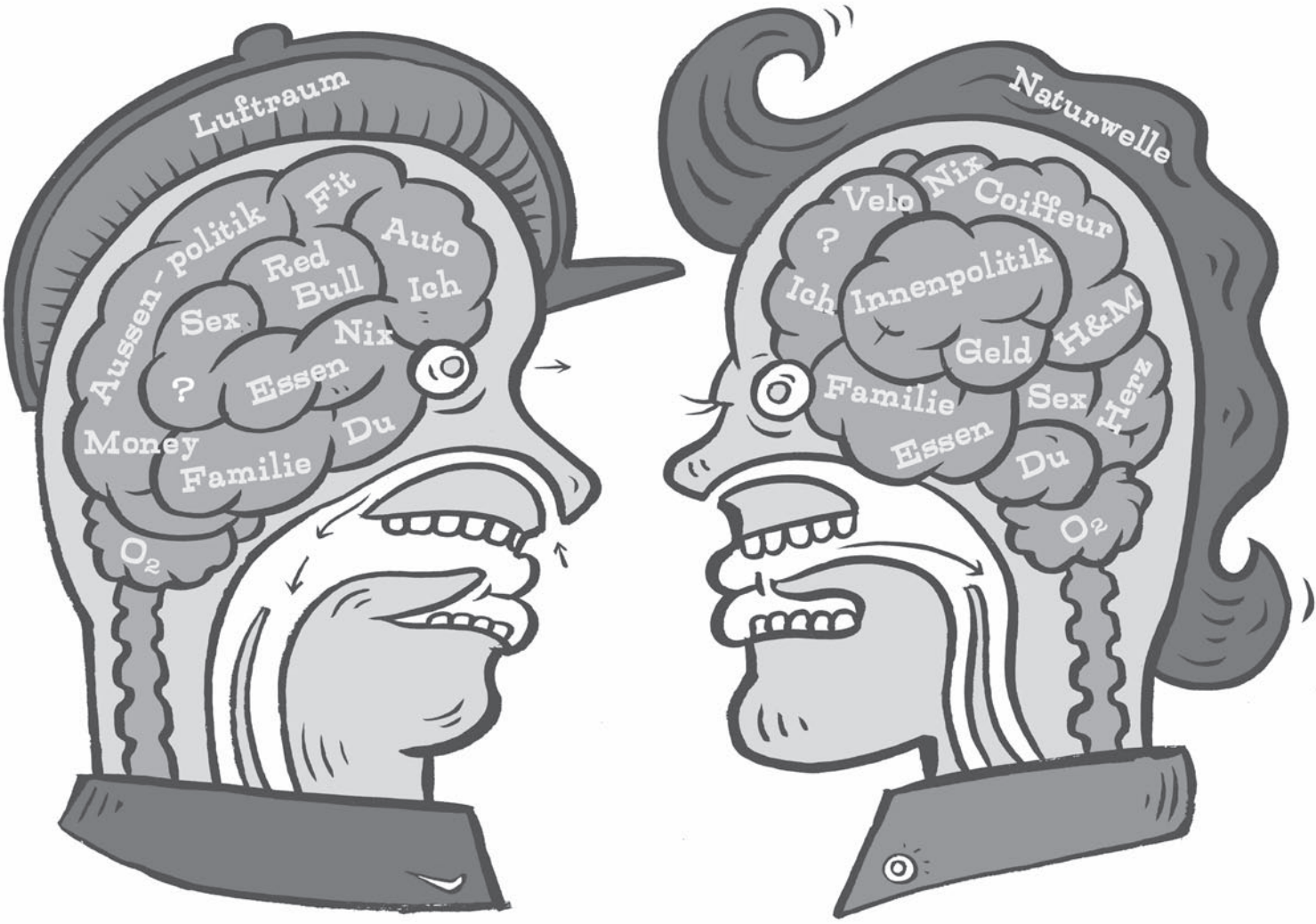
Wie wurdest du bei „Jugend Mit Wirkung“ unterstützt?

Von der Jugendarbeit und weiteren Personen. Zum Beispiel die Erwachsenen aus dem Organisationskomitee und auch die Gäste am Jugendmitwirkungstag.

JUGEND (POLI)TICKT

PARTIZIPATIVE KINDER- UND JUGENDPOLITIK AUF KANTONALER EBENE:

DAS BEISPIEL DES KANTONS BERN



Auszüge aus dem Vierjahresbericht 2004 – 2007 der Kantonalen Jugendkommission Bern
Redaktion: Hans-Peter Elsinger, Elena Konstantinidis

Jugendpolitik im Kanton Bern: Grundlagen

Die Unicef-Studie zur Partizipation von Kindern[1] und Jugendlichen in der Schweiz zeigt auf, dass junge Menschen das Gefühl haben in der Familie zu 48 %, in der Schule zu 39 % und in den Gemeinden zu 7 % mitwirken zu können. Es sind demnach noch grosse Anstrengungen nötig, damit die in der Kantonsverfassung in Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe e formulierte Zielsetzung erreicht werden kann:

Kanton und Gemeinden setzen sich zum Ziel, dass die Anliegen und Bedürfnisse der Kinder und der Jugendlichen berücksichtigt werden.

Die Kantonale Jugendkommission (KJK) hat in ihrem jugendpolitischen Leitbild dargelegt, was diese Zielsetzung aus ihrer Sicht für Kanton, Gemeinden und Einzelpersonen bedeuten kann. Im Zeitalter der neuen Verwaltungsführung (NEF) schlägt sie nun auch eine mögliche Messgrösse vor:

Gemeinden gelten dann als kinder-/jugendfreundlich und der Mitwirkung der jungen Generation verbunden, wenn bei einer Umfrage die Mehrheit ihrer 10 bis 20 Jahre jungen Bevölkerung folgende Aussage bejaht:

Hie fägts. - I ghöre o derzue. - Mi bruchts. I cha öppis bewürke u hinterlah Spure.

Die KJK will dazu beitragen, dass viele junge Leute im Kanton Bern sich dank wertvoller Erfahrungen in der Mitwirkung aktiv auf allen Stufen einbringen. Die grossen Aufgaben und Herausforderungen lassen sich nur in Generationen übergreifenden Ansätzen lösen und brauchen die Mitarbeit aller Bevölkerungskreise.

Erleben Kinder und Jugendliche ihre Gemeinde, ihre Region, ihren Kanton als lebenswert, so setzen sie sich für das Gemeinwohl ein. Die KJK ist immer wieder neu beeindruckt ob der Fantasie und Tatkraft von Kindern und Jugendlichen. Junge Menschen benötigen wohl Hilfestellungen in der Partizipation, theoretische „Trockenübungen“ sind aber untauglich, gar schädlich.

Auf Verfassungsstufe sind viele weitere für Kinder und Jugendliche direkt bedeutungsvolle Aspekte festgehalten in den Grundrechten, den Sozialrechten und –zielen oder bei den öffentlichen Aufgaben. In Gesetzen und Verordnungen, in der Organisation des Kantons und der Gemeinden finden sie ihre Fortsetzung. Die Kinder- und Jugendpolitik bedarf zunächst der guten Abstimmung mit der Familienpolitik, hat aber natürlich auch Wechselwirkungen zu allen anderen Politikbereichen.

Der Berner Jugend-Grossrat-Tag (BJGT)

Der Grosse Rat hat mit der als Postulat überwiesenen Motion 076/2000 (Gresch/Rickenbacher/Richard) seinen Wunsch nach einer regelmässigen Begegnung mit der jungen Generation ausgedrückt. Im 2003 hat der erste Anlass zum Thema „Mitwirken / Bildung“ mit 80 Jugendlichen und 68 Grossrätinnen und Grossräten stattgefunden. Mittlerweile ist der Anlass als Vorbild des Austauschs auf der obersten kantonalen Ebene wichtiger Bestandteil der Jugendpolitik.
2004 lautete das Thema des BJGT: „Gewalt im Alltag“, es nahmen 140 Jugendliche und 78 Mitglieder des Grossen Rates daran teil. 2005, es ging um „Ausbildung und Arbeit“, etwas weniger Jugendliche (106) und fast gleich viele Erwachsene. 2006 zum Thema „Optimismus/Pessimismus“ stellte mit 148 den TeilnehmerInnenrekord bei den Jugendlichen auf, während etwas weniger Erwachsene PolitikerInnen, 68, teilnahmen. 2007 zur Frage der Nachhaltigen Entwicklung diskutierten 128 Jugendliche mit 75 Mitgliedern des Grossen Rates. Jeweils 10-12 Gesprächsgruppen wurden von je zwei Erwachsenen (KJK-Mitglieder und Fachpersonen aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit) und von einem Jugendlichen aus der Vorbereitungsruppe moderiert.

Mitwirkungspreis

Mit dem Mitwirkungspreis will die KJK das Mitwirken der jungen Generation aktiv fördern und der Mitwirkungsidee Publizität verschaffen. Es steht jährlich eine Preissumme von Fr. 5`000.- zur Verfügung.
In möglichst vielen Orten sollen Mitwirkungsanlässe von und mit Kindern und Jugendlichen zum selbstverständlichen Terminkalender der Gemeinde gehören. Von 2004 – 2006 wurden pro Jahr rund 50, 2007 gut 30 Projekte eingereicht.
Für die Ausschreibung des Mitwirkungspreises gestalten junge Menschen die Plakate. Die Jury ist aus Preisträgerinnen und -träger aus dem Vorjahr sowie Mitglieder der KJK zusammengestzt. Sie bestimmen gemeinsam, wer neu ausgezeichnet werden soll.
Die Preisträgerinnen und Preisträger des letzten Jahres waren folgende Projekte:

- „Radio Blind Power“ Radioprojekt der Blindenschule Zollikofen
- „Lebensweltanalyse Höhematte und Body-Soccer-Event“, Jugendliche des Jugendparlamentes Amt Interlaken
- „IG Skater Walperswil“, Projekt für einen Skaterpark von drei Jugendlichen aus Walperswil
- „Klimakonferenz im Schulhaus, Worben“, Schülerinnen und Schüler der Schule Worben

Mitwirkung in Gemeinden und Regionen

In den Jahren 2004 und 2005 hat die KJK je fünf Regionalkonferenzen angeboten. Die Anlässe waren erfolgreich und konnten mit engagierten Teilnehmenden gestaltet und durchgeführt werden. Leider war der zahlenmässige Zuspruch gering. Durch die weiträumige Ausrichtung (mehrere Amtsbezirke) konnte den oft lokalen Anliegen der Jugendlichen zu wenig entsprochen werden. Für die weitere Förderung der Mitwirkung der jungen Generation suchte die KJK deshalb neue Wege.

[1] *Den Kindern eine Stimme geben, Unicef Schweiz, Zürich, 2003*

Jugendbeauftragte unterstützen

Weil insbesondere die wichtige Gruppe der Jugendbeauftragten der Gemeinden mit den Regionalkonferenzen nur schlecht erreicht werden konnte, schuf die KJK für diese Zielgruppe mit dem Newsletter „KJK-Information“ ein neues Angebot. Die der KJK von den Gemeinden neu gemeldeten Jugendbeauftragten erhalten mit einem persönlichen Begrüssungsschreiben die wesentlichen Grundlagepapiere („Leitbild(er) Jugendpolitik BE“ und „Jugendbeauftragte / Jugendbeauftragter“).
Dem vielfach geäusserten Wunsch nach besserer Begleitung ist die KJK mit zwei kurzen Kursen für Jugendbeauftragte im Frühjahr 08 nachgekommen. Diese wurden sehr geschätzt, insbesondere auch die Möglichkeit der Vernetzung und des persönlichen Kontakts.

„Jugend Mit Wirkung“ und JuniorExperts

Kinder und Jugendliche im Gemeinwesen teilhaben zu lassen und aktiv einzubeziehen ist eine einfache, kostengünstige und auch für kleine und mittlere Gemeinden gut umsetzbare Möglichkeit, Kinder- und Jugendförderung anzupacken. Die KJK setzt auf Mitwirken und Teilhaben als grundlegendes und dauerhaftes Angebot für Kinder und Jugendliche zur Stärkung ihrer Integration in das Gemeinwesen und für ihre Entwicklung zu eigenständigen und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten.
Um dies weiter zu fördern, hat die KJK eine enge Kooperation mit dem Projekt „Jugend Mit Wirkung“ von Infoklick.ch, Kinder- und Jugendförderung Schweiz, beschlossen. *(siehe den Artikel in diesem Heft, Anm. d. Red.)*
Das Modell „Jugend Mit Wirkung“ lässt sich ergänzen mit dem Angebot der „Juniorexperts“. Juniorexperts sind eine Gruppe engagierter junger Leute, die gerne Projekte realisieren und in Zusammenarbeit mit Infoklick.ch auch die Ideen anderer Jugendlicher mit Tipps und Tricks unterstützen. Juniorexperts profitieren von Bildungsmodulen von Infoklick.ch in den Bereichen Projektmanagement, Kommunikation, Fundraising und Coaching.

Gemeinden, die Mitwirkungsanlässe organisieren, werden durch das Sekretariat der KJK beraten und (einmalig) mit einem finanziellen Beitrag von Fr. 500.-- unterstützt.

Förderungskredit

Die KJK kann Förderungsbeiträge gewähren für Projekte der Kinder- und Jugendpolitik. Das entsprechende Reglement findet man auch im Internet (www.be.ch/kjk).
Die Evaluation zeigt: Der Staatsbeitrag ist erfolgreich. Bei einfacher und zweckmässiger Gesuchsabwicklung kann gezielt Projekten der Kinder- und Jugendförderung mit relativ bescheidenen Beiträgen zum Erfolg (mit-) verholfen werden. Die rasche Gesuchsbeurteilung ist wichtig, denn positive Entscheide der KJK lösen oft Beiträge Dritter aus.

Die Mittel fliessen in erster Linie an Projekte Dritter zur Kinder- und Jugendförderung und werden zudem eingesetzt für den Mitwirkungspreis des Berner Jugend-Grossrats-Tags und den Mitwirkungspreis, sowie in wesentlich kleinerem Umfang für Projekte und Publikationen der KJK selbst.

Was Kinder brauchen...! Der neue Themenschwerpunkt der KJK

Bereits in Leitbild(er) Jugendpolitik BE wird auf die Sozialrechte und -ziele für Kinder und Jugendliche eingegangen und das Aufwachsen in der Gesellschaft thematisiert.

Die KJK hat die allgemeine Entwicklung verfolgt und stellt zusammenfassend fest:

- Grundbedürfnisse und Entwicklungsbedingungen von Kindern sind zentrale gesellschaftliche Themen, genau so wie die Rahmenbedingungen für die Eltern selbst.
- Mit der Pluralisierung der gesellschaftlichen Werte und Normen stehen nicht wenige Eltern der Erziehung ihrer Kinder teilweise rat-, hilf- oder sogar willenlos gegenüber oder haben andere grosse Schwierigkeiten.
- Zu viele Kinder leben in Verhältnissen, in denen ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden wie beispielsweise Achtung und Anerkennung, Zuneigung und Liebe, soziale Kontakte, Führung, Erziehung, stabile verlässliche Beziehungen, richtige Ernährung, viel Bewegung.
- Überbetreuung/Verwöhnung und Leistungserwartung können schon bei jüngsten Kindern die Egozentrik fördern.
- Viele Entwicklungen beginnen im Babyalter: Prävention tut Not!
- Mangel erleiden oft schon sehr kleine Kinder. Ihre Entwicklungsdefizite werden aber in der Regel erst beim Eintritt in den Kindergarten oder die Schule offenkundig.
- Familien mit Migrationshintergrund sind oft verunsichert und ungenügend informiert – auch über Erziehungsfragen und unterstützende Angebote.
- Zu viele Kinder sind in einem labilen Gleichgewicht – statt Urvertrauen dominieren Urängste.

Kurz: Die Entwicklungsbedingungen für Kinder haben sich verändert.
Die Grundbedürfnisse sind die gleichen geblieben.
Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen ein psychisch und physisch gesundes Aufwachsen zu ermöglichen.
Die KJK hat sich intensiv mit Grundbedürfnissen und Entwicklungsbedingungen von Kindern befasst und überlegt, wie Erziehende wirkungsvoll unterstützt werden können. Bei den Arbeiten am neuen Themenschwerpunkt fallen die Vielzahl der im Feld arbeitenden Träger, ihre Möglichkeiten und Grenzen auf: So ist z.B. aus Sicht der KJK die angelaufene Neuorganisation bzw. Kantonalisierung der Mütter- und Väterberatung

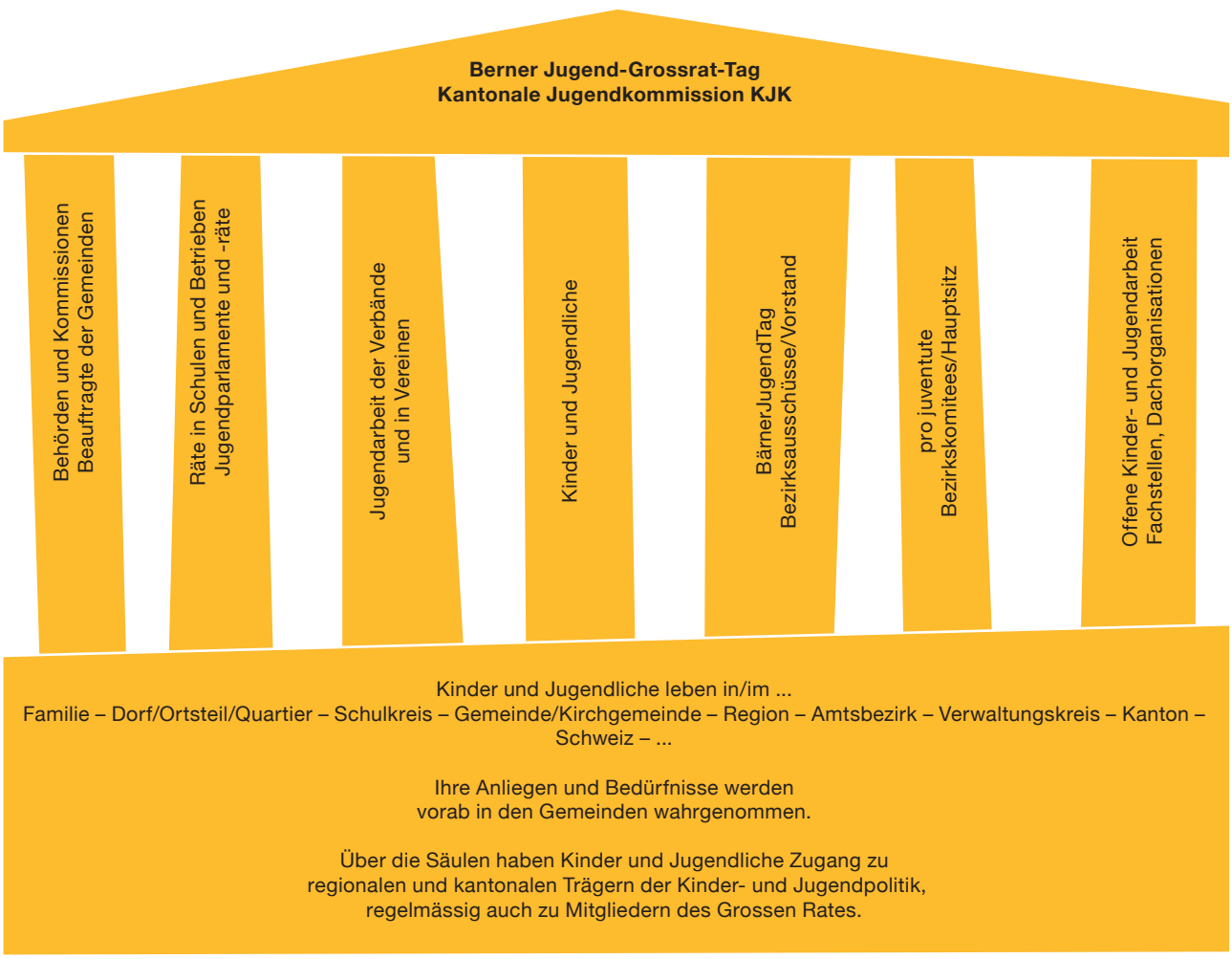
sehr zu begrüssen. Für Eltern stehen neben diesen wichtigen Fachpersonen auch hilfreiche Unterlagen bereit, z.B. die „Elternbriefe“ der pro juventute. Der kantonsweit einheitliche Vertrieb der Schriften und Angebote zum persönlichen Gespräch in kleinen örtlichen/regionalen Netzwerken sind indessen ungelöst. Vorab Elternbildung und Erziehungsberatung könnten dabei wichtige Beiträge leisten.
Zum Internationalen Tag der Rechte der Kinder veröffentlichte die KJK am 20. November 2007 die Broschüre „Was Kinder brauchen...!“. Sie richtet sich an Personen und Organisationen, die beruflich oder ehrenamtlich direkt mit Kindern zu tun haben, aber auch an Politikerinnen und Politiker, an Behördenmitglieder, an die Jugendbeauftragten der Gemeinden und selbstverständlich an die Eltern.

Einbettung in die wichtigen Staatsaufgaben

Bei den Arbeiten am neuen Themenschwerpunkt der KJK wird offensichtlich, wie eng Kinder- und Jugendpolitik vorab mit der Familienpolitik, aber auch mit allen anderen Politikbereichen verknüpft ist.
Im Auswertungsbericht des Regierungsrates „Aufgabendialog Kanton Bern“ rangieren „Bildung“ und „Soziale Sicherheit“ zuoberst. Die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb des Kantons erscheint aus Sicht der Fachleute als sehr gut umsetzbar.
Die bessere Koordination und die Vernetzung der Anbieter ist auch Thema in „Das Wichtigste in Kürze“ im Teilbereich „Soziale Sicherheit“ dieses umfassenden Berichtes. Wörtlich am Schluss des erwähnten Abschnittes:
„Die gezielte Unterstützung von Eltern bezüglich Erziehungskompetenz und -fähigkeit wäre ebenfalls wichtig, wird aber hinsichtlich Umsetzbarkeit kritisch gewürdigt. Hier gilt es nach Alternativen zu suchen.“

Die Säulen der Kinder- und Jugendförderung BE

Junge Menschen vergrössern ihren Aktionsradius mit zunehmenden Alter. Sie nutzen Angebote ohne stark auf die Trägerschaft zu achten und die politischen Grenzziehungen (Gemeinde, Amtsbezirk, Kanton) spielen für sie kaum eine Rolle. Die KJK engagiert sich aktiv in allen Bereichen:



Die zu den „Säulen der Kinder- und Jugendförderung“ zusammengetragenen, kurzen Berichte der Jugendorganisationen im 4-Jahres-Bericht zeigen ein positives Bild. Auch in den verschiedenen Begegnungen bei Mitwirkungsanlässen kommt immer wieder zum Ausdruck, wie sehr sich aktive junge Menschen daran stören, dass es einer kleinen Minderheit von ihnen immer wieder gelingt mit wenigen verwerflichen Taten und destruktiver Denkweise die veröffentlichte Meinung und die Politik zu beherrschen.

Dass der überwiegende Teil der Kinder und Jugendlichen einfühlsam, leistungswillig und sozial kompetent ist, kommt sowohl in deren Bildungsgang als auch im vernetzten Mitwirkungsansatz der KJK seit langer Zeit zum Ausdruck und wurde 2006 durch das erste schweizerische Kinder- und Jugendsurvey „COCON“ auch wissenschaftlich belegt[2].

Die KJK will Missstände keineswegs verharmlosen oder beschönigen. Sie macht aber eindringlich aufmerksam, dass vorab auf das positive Potenzial der Kinder und der Jugendlichen zu setzen ist. Es bleibt ein gerüttelt Mass an Arbeit für Verbesserungen. Eltern und Verantwortliche in allen Politikbereichen sind gefordert. Die KJK ist überzeugt, dass es nicht an gesetzlichen Vorgaben mangelt. Nötig und Not-wendig sind vielmehr Haltungsänderungen.

Die neue Ausrichtung mit dem Schwerpunkt Kinder macht deutlich, dass sich die Kommission viel von Verbesserungen verspricht, die bei der Erziehung und Bildung der Jüngsten ansetzen. Dadurch soll das im Ansatz positive Gesamtbild nicht nur erhalten, sondern gesteigert werden.

Grundsätzliches zur Koordination und zur Kinder- und Jugendpolitik

Die KJK ist überzeugt, Kinder- und Jugendpolitik sei auf Ebene Kanton zu steuern und in den Regionen des Kantons unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten umzusetzen. Einer schlanken Struktur auf Kantonsebene muss eine ebensolche, aber breit und tief vernetzte Struktur in den Regionen folgen. Den Jugendbeauftragten der Gemeinden käme insofern eine neue, zusätzliche Bedeutung zu, als dass sie neben der Verantwortung für die Kinder- und Jugendpolitik der eigenen Gemeinde, zusammen die Schwergewichte regionaler Politik für die heranwachsende Generation formulieren würden. Auch diese Konstruktion braucht natürlich die direkte Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen.

Die KJK begrüsst die Bestrebungen für ein nationales Rahmengesetz zur Kinder- und Jugendförderung. Einzelne Aufgaben lassen sich nur mit schweizweiter Koordination effektiv und effizient lösen. Gemeinden, Kantone und Bund sind gemeinsam verantwortlich für nationale Aufgabe.

Mit dem so genannten „neuen Kindesrecht“ verlangte der Bund 1976 von den Kantonen die Sicherstellung einer zweckmässigen Zusammenarbeit der Behörden und Stellen auf dem Gebiet des zivilrechtlichen Kindesschutzes, des Jugendstrafrechts und der übrigen Jugendhilfe (Art. 317 ZGB). Das UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 oder Bestimmungen in der neuen Bundesverfassung haben auch in den Kantonen Gültigkeit. Mittlerweile sind Menge und Spannweite der zu beachtenden Grundlagen und Vorschriften riesig. Sie reichen vom UN-Übereinkommen, Verfassungsbestimmungen und Gesetzen von Bund und Kanton bis hin zu Gemeindereglementen. Für die Weiterentwicklung der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sind indessen nicht allein die gesetzlichen Bestimmungen wichtig. Vielmehr gilt es, ganz allgemein Erkenntnisse aus Entwicklungen in Wissenschaft und Gesellschaft zu nutzen. Die Tätigkeitsfelder von öffentlichen und privaten Trägerschaften zu Gunsten der Kinder, Jugendlichen und Familien sind so zu koordinieren, dass eine kohärente Förderungspolitik zu Gunsten der Bevölkerung möglich wird.

Informationen zu allen erwähnten Projekten und Aktivitäten finden sich unter Alle Unterlagen stehen auch unter www.be.ch/kjk zur Verfügung.

Der Vierjahresbericht kann als Broschüre bestellt werden bei:
Kantonale Jugendkommission KJK,
E-Mail: kjk@jgk.be.ch

[2] *COCON, Competence and Context; siehe: www.cocon.unizh.ch*

MITREDEN UND MITENTSCHEIDEN IN DER BODENSEEREGION

Thomas Radke / Manfred Walser

Der 3. Bodensee Jugendgipfel

Einen Tag lang werden bis zu 1.000 Jugendliche ab 14 Jahren aus allen Teilen der Bodenseeregion in einem Kongresszentrum in Liechtenstein zusammen kommen und sich mit den Themen Nachhaltige Entwicklung und Jugendbeteiligung auseinandersetzen. Veranstalter sind die Bodensee Agenda 21 (BA21) und das Fürstentum Liechtenstein.

Grundsätzlich besteht der Jugendgipfel aus vier Elementen:

- Diskussionsrunden zwischen Jugendlichen und PolitikerInnen der Bodenseeregion
- einer Ausstellung für Jugend- und Nachhaltigkeitsprojekte (Markt der Möglichkeiten)
- einem attraktiven Rahmenprogramm
- sowie einem partizipativen Vorbereitungsprozess.

Wie funktioniert das und wer steckt dahinter?

Die Bodensee Agenda 21 wurde 1999 von der Internationalen Bodensee Konferenz IBK - dem kooperativen Zusammenschluss der Länder und Kantone rings um den Bodensee - ins Leben gerufen. Sie verfolgt das Ziel, eine nachhaltige Entwicklung der Bodenseeregion voranzutreiben, zu informieren, zu vernetzen und Projekte zu initiieren (siehe Kasten). Den Kern der BA21 bildet ein Netzwerk von 12 Regionalen Anlaufstellen (RAS) in den Teilregionen der Bodenseeregion (Länder, Landkreise und Kantone). Dort gibt es jeweils eine Person, die im Rahmen eines Mandates einen bestimmten Teil ihrer Arbeitszeit in den Dienst des Projektes stellt und über die notwendigen Kompetenzen, Regionskenntnisse und Kontakte verfügt. Unterstützt und geleitet wird die BA21 von einer Geschäftsstelle die bei der Geschäftsstelle der IBK angesiedelt ist, sowie von einer fachlichen Begleitung. Die Weichen stellt eine politisch hochrangig angesiedelte Steuerungsgruppe, die auch den Arbeitsschwerpunkt ‹Jugendbeteiligung› in der Bodenseeagenda 21 anregte.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung entstand angesichts der akuten Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, während gleichzeitig in vielen Ländern der Welt die Menschen hungern. Auf der ‚UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung' 1992 in Rio de Janeiro wurde daher ein Fahrplan für das 21. Jahrhundert entwickelt, die ‹Agenda 21›. Dieses Dokument wurde von 172 Staaten als Selbstverpflichtung unterzeichnet. Daraus entstanden unter anderem in zahlreichen Städten und Gemeinden ‹Lokale Agenda 21› - Prozesse.

Wie ist der Jugendgipfel entstanden?

Zum Thema Jugend starteten die Aktiven in der BA21 verschiedene Aktionen: einen Projektwettbewerb, eine Internet-Schnitzeljagd, ein Kinderbuch, Zukunftswerkstätten an Schulen, sowie einen Film- und einen Bandwettbewerb. Zentrale Veranstaltungen waren die beiden Internationalen Bodensee Jugendgipfel 2003 in Friedrichshafen (D) und 2005 in Bregenz (A) mit 1.200 bzw. 1.500 TeilnehmerInnen.
Der erste Jugendgipfel wurde noch von den Zuständigen für die Bodensee Agenda 21 - also von Erwachsenen - konzipiert und organisiert, was für alle Beteiligten ein grosser Lernprozess war, da nur wenige Aktive Erfahrungen mit Jugendbeteiligungsprozessen mitbrachten. In verschiedenen Regionsteilen wurde das sperrige und abstrakte Konzept der nachhaltigen Entwicklung von Jugendlichen konkretisiert, was letztlich in eine Jugenddeklaration zu 5 Schwerpunktthemen mündete, die in einer Internet-Abstimmung ausgewählt und auf dem Jugendgipfel diskutiert wurden.
Für den zweiten Jugendgipfel konnten dann bestehende Kontakte für einen partizipativen Vorbereitungsprozess genutzt werden. Jugendliche entwarfen das Konzept der Veranstaltung und begleiteten die Vorbereitungsphase intensiv. Im Vorfeld des zweiten Gipfels beteiligten sich 33 Jugendliche aus 4 Ländern in Workshops und auf einem Hüttenwochenende inhaltlich und organisatorisch.

Wie wird der Gipfel organisiert?

Verantwortlich für die Durchführung sind Mitglieder des BA21-Netzwerkes, der IBK-Geschäftsstelle, der Anlaufstelle in Liechtenstein – welche 2008 für die Hauptfinanzierung sorgt – und die fachliche Begleitung. Die Regionalen Anlaufstellen bzw. von ihnen beauftragte professionelle (kantonale und kommunale) Jugendarbeiter sorgen für die Koordination und Beteiligung in den Teilregionen und nehmen teilweise spezifische Prozessaufgaben war.

Ende 2007 fand ein erster Workshop zur Diskussion der wichtigsten Bausteine der Veranstaltung statt. Dabei lagen das Konzept des zweiten Jugendgipfels sowie die Rückmeldungen von damaligen TeilnehmerInnen zugrunde. Im April 2008 folgte ein weiterer Workshop, bei dem das Konzept weiterentwickelt und die Oberthemen des diesjährigen Gipfels bestimmt wurden. An den beiden Workshops nahmen neben den Verantwortlichen etwa 15 Jugendliche und 10 Erwachsene (Lehrer, Jugendbeauftragte) teil.
Ab Juni ging es dann in die regionale Arbeit. Dazu griffen die Regionalbeauftragten auf ihre Kontakte zu Jugendlichen, LehrerInnen, Jugendbeauftragten und Schulen zurück. Teilweise fanden regionale Workshops statt, bei denen die Gipfelthemen aus regionaler Perspektive diskutiert wurden. Durch unterschiedliche Ferienzeiten und teilweise fehlende RegionalkoordinatorInnen auf Schweizer Seite können noch keine Aussagen zum länderspezifischen Beteiligungsverhalten gemacht werden.

Mitte September trafen sich dann 13 delegierte Jugendliche aus 4 Ländern, um ihre Perspektiven zusammen zu bringen und die eher allgemein gehaltenen Oberthemen für die Diskussionsrunden am Gipfel zu konkretisieren:

Jugendbeteiligung

- Stimm-/Wahlalter 16 (Situation in den Teilregionen, Bedürfnisse und Politikfähigkeit der Jugendlichen, Altersanteile in den Ländern etc.)
- Wahrnehmung von Jugendlichen (Jugendbild von Erwachsenen, warum werden Jugendliche nicht ernst genommen, positive und negative Beispiele, usw.)
- Motivation für Jugendbeteiligung (Workshop mit Jugendlichen ohne PolitikerInnen, Stichworte: Beteiligung ist uncool, langweilige Darstellung der Beteiligungsmöglichkeiten, gute Ideen usw., Ziel: Ideenkatalog)

Integration und Menschenrechte

- Integration von MigrantInnen (insb. an Schulen) (ethnische Unterschiede: Ausgrenzung statt Austausch, statistischer Überblick, finanzielle Bildungsausgrenzung/ Unterschicht- Problem, Rassismus in der Schule, Lösungsansätze usw.)
- (Sozialämter, Schutz von Kindern vor Verwahrlosung) - das Thema wurde zurückgestellt: es ist wichtig, aber nicht geeignet für diesen Rahmen
- Vorratsdatenspeicherung (Was und warum wird gespeichert, was passiert mit den Daten, regionale Unterschiede, Zunahme der Überwachung usw.)

Freiräume und Regeln für Jugendliche

- Treffpunkte im Öffentlichen Raum (Problemverschiebung durch Vertreibung, Alkohol, Regelungen in verschiedenen Ländern und deren Durchsetzung, regionale Beispiele usw.)

Energie und Klimaschutz / Konsumverhalten

- Verbraucherinformation und -verhalten (Kriterien zur Beurteilung von Produkten, Unübersichtlichkeit, Geiz ist Geil-Mentalität, usw.)
- (ÖV / Radwege) - das Thema wurde zurückgestellt: die Probleme sind lokal sehr unterschiedlich und müssen vor Ort diskutiert werden
- nachhaltige Energieerzeugung (warum wird so wenig gemacht, Information über Aktivitäten in der Region, Forschungsförderung usw.)

Schule und Arbeitsmarkt

- hier gibt es zuerst einmal Informationsbedarf (über die nationalen Schulsysteme), evtl. ist eine eigene Veranstaltung notwendig.

Die Jugendlichen recherchieren diese Themen derzeit weiter, sammeln Fakten, Meinungen, Rahmenbedingungen und erarbeiten ihre Standpunkte, die sie bei Einstiegsreferaten am Beginn der Diskussionsrunden vorstellen werden. Im Vorfeld des Gipfels gibt es ein weiteres Treffen mit einem Moderationstraining. Am Gipfel selbst werden die Jugendlichen in 2 mal 4 parallelen thematischen Diskussionsrunden mit PolitikerInnen der

Länder, Kantone und Gemeinden diskutieren. Die Runden werden von Jugendlichen zusammen mit erfahrenen ModeratorInnen moderiert. Im Anschluss daran treffen sich PolitikerInnen und interessierte Jugendliche aus der gleichen Teilregion um weitere Schritte zu vereinbaren. Die dort getroffenen Vereinbarungen bilden die Basis für die weitere Arbeit. Die Bodensee Agenda unterstützt daraus entstehende Aktivitäten während der nächsten zwei Jahre an deren Ende im Jahr 2010 ein 4. Bodensee Jugendgipfel geplant ist. Die Verbindlichkeit der zu treffenden Vereinbarungen soll durch gute inhaltliche Vorbereitung und Moderation forciert werden.

Wie kommen die Jugendlichen zur Bodensee Agenda 21?

1. Von den aktiven Jugendlichen haben nur zwei schon am letzten Jugendgipfel bzw. in anderen Projekten der Bodensee Agenda mitgewirkt. Hier macht sich der schnelle Generationenwechsel bemerkbar, der Jugendbeteiligungsprozesse insgesamt kennzeichnet. Eine Institutionalisierung solcher Prozesse ist aufgrund dieses Wechsels auf Strukturen angewiesen, die im Sinne einer ‹Bringschuld› von Erwachsenen zur Verfügung gestellt werden müssen.
2. Die meisten Jugendlichen, die sich bisher an Jugendgipfeln beteiligt haben, sind anderweitig, z.B. in Jugendparlamenten oder bei der Schülermitverantwortung, engagiert. Das entspricht den Ergebnissen der Shell-Studie 2006, nach der nur etwa 2-7 % der Jugendlichen (je nach Thema) starke politische Aktivitäten entfalten. Der oft echt hohe Anspruch an Jugendliche, gesellschaftlich aktiv zu werden, muss unseres Erachtens jedoch dadurch relativiert werden, dass die Anteile der sehr aktiven Erwachsenen ähnlich gering sind.
3. Man muss deutlich sagen, dass die Motivation und Teilnahme der Jugendlichen zum Erstkontakt fast ausschliesslich an persönlichen Kontakten aus dem Umfeld der Bodensee Agenda 21 hängt. Ursache dafür ist sicherlich ein eher geringer Bezug des relativ abstrakten Themas ‹nachhaltige Entwicklung / Agenda 21› zur Lebenswelt der Jugendlichen. Zugleich ist die Grösse der Bodenseeregion, die vom Kanton Zürich bis weit nach Oberschwaben reicht, hinderlich für einen peer approach, bei dem Jugendliche durch Gleichaltrige für ein Engagement gewonnen werden.
4. Als GipfelbesucherInnen werden Jugendlicher aller Schularten – auch Berufsschulen – mit Ihren LehrerInnen und anderen Fachpersonen erwartet. Ca. die Hälfte der RegionalkoordinatorInnen sind professionelle JugendarbeiterInnen, die auch ausserschulische Kanäle bearbeiten. Letztendlich werden die meisten GipfelteilnehmerInnen von Erwachsenen zu dieser Erfahrung hingelenkt.

Was ist der Gewinn – sowohl für die Jugendlichen wie auch für die Gesellschaft?

Jugendbeteiligung ist zum einen Selbstzweck - ein Recht auf Beteiligung wie es in verschiedenen Dokumenten von der UN- Kinderrechtskonvention über die EU- Grundrechte-Charta bis zu einzelnen Landesverfassungen verankert ist. Dazu erfüllt diese Beteiligungsform einen zweifachen Nutzen: Sie unterstützt das ‹Demokratielernen› der Jugendlichen als Basis für eine demokratische Gesellschaft und sie verbessert die Qualität des Gemeinwesens, indem sie neue Ideen und eine bürgerfreundliche Beteiligungskultur fördert. Für die Bodensee Jugendgipfel lassen sich die Nutzeffekte für den grösseren Teil der TeilnehmerInnen nur vermuten, für einen kleineren Teil jedoch gesichert feststellen: Rückmeldungen auf die Veranstaltungen, neu entstandene Projekte in einzelnen Ländern und Gemeinden sowie die intensive Mitarbeit einzelner Jugendlicher in der Vorbereitung und den daraus entstandenen Aktivitäten belegen dies. Ein gutes Beispiel ist eine Arbeitsgruppe zum Thema Jugendbeteiligung, die am 2. Jugendgipfel entstand. Acht Jugendliche aus drei Ländern erarbeiteten während eines Jahres eine Broschüre zu Jugendbeteiligungsmodellen in der Bodenseeregion. Sie sammelten und klassifizierten verschiedene Modelle, befragten zu jedem Modelle eine/n Jugendliche/n und eine/n PolitikerIn und diskutierten die Ergebnisse auf einem Workshop mit Jugendlichen und PolitikerInnen. Die Broschüre wurde an alle Städte und Gemeinden in der Internationalen Bodenseeregion versandt.
Eine besonders grosse Bedeutung messen wir den informellen Lernprozessen zu, die bei diesen Beteiligungsprozessen entstehen. Die Einbindung in die konzeptionelle und inhaltliche Vorbereitung ist eine intensive Erfahrung und der direkte Dialog einerseits zwischen den Jugendlichen aus verschiedenen Ländern und andererseits mit Politikern ermöglicht den engagierten Jugendlichen völlig neue Einblicke in die Region und die unterschiedlichen politischen Kulturen. Aus derartigen Lernprozessen entstehen Kompetenzen persönlichkeitsbildender, sozialer, politischer und fachlicher Art, welche Einfluss auf die berufliche Orientierung und die gesellschaftliche Partizipation der Jugendlichen haben. Solche Lernprozesse haben sicherlich bei den intensiv beteiligten Jugendlichen stattgefunden. Wir erhoffen uns diese Lernprozesse aber auch für die GipfelbesucherInnen, die entsprechend ihrer Interessen Anregungen, Kontakte und Motivation mitnehmen oder im Falle der weniger Interessierten über niedrigschwellige Angebote wie ein nachhaltiges Filmprogramm oder Computerspiele einen Zugang zu der Thematik erhalten.

Inwiefern können Jugendliche dadurch tatsächlich Einfluss nehmen?

Jugend ist ‹in› - Anlässe mit Jugendlichen werden von politisch Verantwortlichen gerne wahrgenommen und die Medien berichten ausgiebig darüber. Lässt man Jugendliche zu Wort kommen, so demonstriert man damit Bürgernähe und Sorge um die Zukunft. Dabei besteht einerseits die Gefahr, dass Jugendliche von Verantwor-

tungsträgerInnen als medienwirksame Staffage benutzt werden. Andererseits kann es auch vorkommen, dass spontane Wünsche von einzelnen Jugendlichen im Bemühen des Ernstnehmens einen sehr hohen Stellenwert erhalten. Um dem zu entgehen muss der Nutzen einer Jugendbeteiligung im Einzelfall genau unter die Lupe genommen werden - und auch die Grenzen dessen, was in derartigen Beteiligungsprozessen erreicht werden kann.
Bei den ersten beiden Jugendgipfeln gab es durchaus konkrete Ergebnisse. Neben der schon erwähnten wurde beispielsweise auf dem letzten Jugendgipfel die Idee von Exkursionstagen (Jugendenergietag) geboren und seitdem zweimal umgesetzt (und inzwischen mit dem European Energy Award ausgezeichnet). Im Land Vorarlberg entwickelte sich als Reaktion auf die Jugenddeklaration ein einjähriger Diskussionsprozess zwischen Jugendlichen und der Landespolitik, der vom dortigen Büro für Zukunftsfragen unterstützt wurde. Dieser Prozess führte - neben einzelnen Massnahmen - zur Einrichtung der Stelle einer Landesbeauftagten für Jugendfragen. Auch das Internet- Portal Jobs ohne Grenzen und eine grenzübergreifende Datenbank von ausserschulischen Bildungsangeboten für Jugendliche entstanden auf Anregungen aus dem ersten Jugendgipfel. Darüber hinaus wissen wir von einzelnen Städten und Gemeinden sowie Schulen, dass durch den Austausch und die Erfahrungen vom Jugendgipfel konkrete Projekte und Beteiligungsprozesse angeregt wurden. Allerdings fehlt eine systematische Evaluation dieser Wirkungen. Wenn Jugendliche konkrete Anliegen haben und bereit sind, sich für diese selbst zu engagieren, ist der Jugendgipfel nach unseren Erfahrungen ein konstruktives Forum.

Welches Politik-/Partizipationsverständnis steht dahinter?

Prinzipiell kann zwischen drei verschiedenen Formen von Jugendbeteiligung unterschieden werden: [1]Repräsentative Formen wie Jugendparlamente und Schülervertretungen, offene Beteiligungsformen wie Versammlungen oder Anlaufstellen und projektorientierte Beteiligungsformen. Die Jugendgipfel der Bodensee Agenda 21 müssen aufgrund ihres punktuellen Charakters am ehesten der projektorientierten Beteiligung zugerechnet werden. Die mitwirkenden Jugendlichen brachten Erfahrungen aus allen drei Beteiligungsformen mit - neben ihrer Projekterfahrung reicht das Engagement vom Jugendgemeinderat Weingarten und Friedrichshafen oder dem St. Galler Jugendparlament über die offene Jugendarbeit in Dornbirn und Bregenz bis hin zum Verein ‹Jugend und Politik› in Appenzell oder dem Verein ‹Jugend für Zukunft› in Oberschwaben. Gut entwickelte Strukturen sind eine zentrale Voraussetzung für das Engagement Jugendlicher für einen solchen Anlass.
Als Quintessenz aus den nunmehr siebenjährigen Erfahrungen mit dieser Beteiligungsform sind es drei Punkte, die uns für einen erfolgreichen Prozess besonders wichtig erscheinen:

1. Eine Beteiligung, die nicht erst in der Umsetzungsphase, sondern schon bei der Planung einer Aktion beginnt.
2. Eine intensive Moderation und Betreuung, die zugleich grosse Freiräume bei der Durchführung und inhaltlichen Gestaltung lässt (jeweils im Sinne einer hohen Stufe der „Partizipationsleiter“) und
3. das Committment von PolitkerInnen, die die Beiträge der Jugendlichen ernst nehmen und auch zu konkreten Vereinbarungen bereit sind.

Allgemeine Angaben Kontakt, Datum des nächsten Gipfels usw.

Der Bodensee Jugendgipfel findet am 24. Oktober von 10 bis ca. 16.45 Uhr in Vaduz, Liechtenstein statt. Weitere Informationen über www.bodensee-agenda21.net .

Manfred Walser, Dipl. Verwaltungswissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Dienstleistungen und Tourismus an der Universität St. Gallen, zuständig für die fachliche Begleitung der Bodensee Agenda 21 und den Jugendgipfel-Beteiligungsprozess, manfred.walser@unisg.ch.

Thomas Radke, Dipl.-Ing. (Fh) für Landschaftsarchitektur und Umweltplanung und MBA in Regionalmanagement, zuständig für die die Koordination des Jugendgipfels, Email: jugendgipfel@bodensee-agenda21.net.

Literatur

Bodensee Agenda 21 (2007): Jugend begegnet Politik. Jugendbeteiligungsmodelle aus der Bodensee-Region. Konstanz.
Bodensee Agenda 21 (2004): Jugendliche gestalten ihre Zukunft. Jugendbeteiligung in der Bodensee Agenda 21. Konstanz.
Herzka, Michael (1996): Was bedeutet das Recht des Kindes gehört zu werden? In FICE-Bulletin No. 13, S. 4-7.
Walser, Manfred (2006): Regionale Netzwerke für lokales Handeln. Die Bodensee Agenda 21 zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in der Regio Bodensee. Eine Fallstudie. IDT-HSG Working paper, Univ. St. Gallen, www.alexandria.unisg.ch
Walser, Manfred (2008): Erfahrungen aus der Jugendbeteiligung der Internationalen Bodenseeregion. In: Thomas Ködelpeter / Ulrich Nitschke (Hrsg.) (2008): Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. VS. Wiesbaden.
Sedlmayr, Sebastian (2008): Experten in eigener Sache. In: BBE- Newsletter 19/2008, Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement, http://www.b-b-e.de/newsletter.html
Kamp, Uwe (2008): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. In: BBE- Newsletter 19/2008, Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement, http://www.b-b-e.de/newsletter.html
Shell Deutschland Holding (2006): Jugend 2006. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Bonn.
Düx, Wiebken/Sass, Erich/Prein, Gerald (2008): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter, Wiesnbaden: VS-Verlag.

Links

www.bodensee-agenda21.net
www.bodenseekonferenz.org

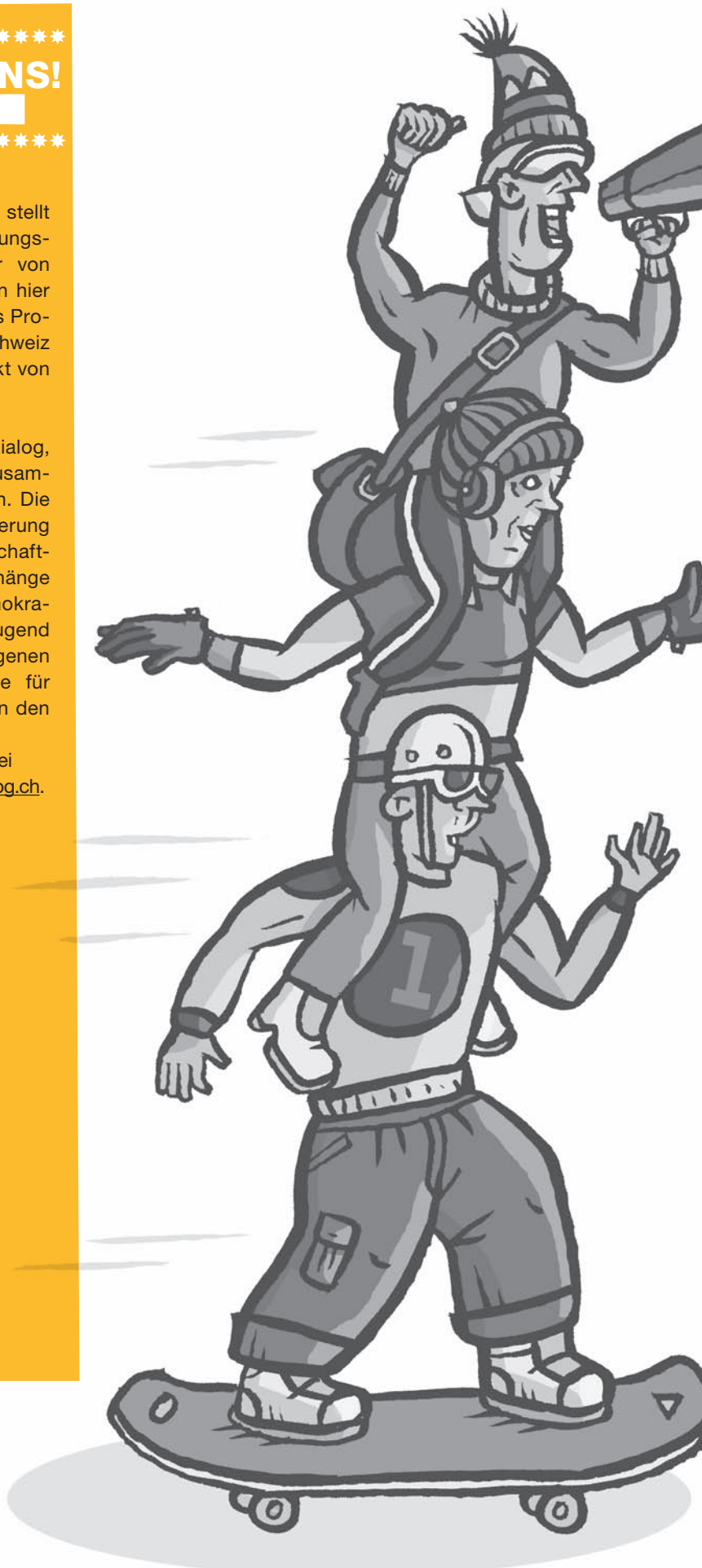
[1] *Kamp 2008*

ES STEHT GUT UM UNS!

VISIUN DIALOG NO 141

Die aktuelle Ausgabe von VisiunDialog stellt ebenfalls verschiedene Jugendbeteiligungsmöglichkeiten durch Artikel und Bilder von engagierten Jugendlichen vor. Neben den hier besprochenen Projekten zum Beispiel das Projekt „Jugend debattiert“, Junge Medien Schweiz und die JuniorExperts, ein weiteres Projekt von infoklick.ch.

Visiun Dialog wird von der Stiftung Dialog, Trägerin von „Jugend debattiert“, in Zusammenarbeit mit infoklick.ch herausgegeben. Die Stiftung Dialog engagiert sich für die Förderung des politischen Verständnisses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenhänge der Jugend, setzt sich ein für eine demokratische und freie Schweiz, in welcher die Jugend die Chancen für die Gestaltung des eigenen Lebensraumes wahrnehmen kann sowie für Dialog und Diskussionsprozesse zwischen den Generationen
Die aktuelle Ausgabe kann bestellt werden bei welcome@infoklick.ch oder www.stiftungdialog.ch.



DIE JUGEN
DAS PROJEKT, SEINE ZIELE

Geo Taglioni

Die Jugendsession ist 1991 anlässlich der Feier „700 Jahre Eidgenossenschaft“ gegründet worden. Seit 1993 ist die Eidgenössische Jugendsession ein fester Termin auf der jährigen politischen Agenda. Sie findet während drei Tagen im Bundeshaus statt und gilt als einziger externe Anlass im Parlamentsgebäude.
Dieses Projekt richtet sich an Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren, die in der Schweiz wohnhaft sind oder als SchweizerIn im Ausland leben. Die Eidgenössische Jugendsession hat als Leitziel die Förderung der Partizipation der jüngeren Generationen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Jede Jugendliche und jeder Jugendliche sollte selbstbestimmt in allen Bereichen ihres, bzw. seines Lebens entscheiden und handeln können. Jugendliche sollten Verantwortung für sich selbst wie auch für die Gesellschaft übernehmen und ihr Umfeld konstruktiv mitgestalten können. Die Eidgenössische Jugendsession verschafft den Jugendlichen in der Schweiz Gehör. Sie macht auf jugendpolitische Anliegen aufmerksam und bringt die Meinungen der Jugendlichen zu aktuellen Themen in der Alltagspolitik ein. Die Eidgenössische Jugendsession ermöglicht einer grossen Anzahl Jugendlicher, sich mit einem politischen Thema auseinander zu setzen und gleichzeitig die Mechanismen der Politik besser kennen zu lernen. Die Eidgenössische Jugendsession zeigt den Jugendlichen Politik hautnah und motiviert sie für ein politisches Engagement und eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.
Die Organisation und die strategische Weiterentwicklung der Eidgenössischen Jugendsession basieren auf dem Grundsatz der Partizipation. Dem Organisationskomitee (OK) obliegt es, die Jugendsession zu planen, zu organisieren und durchzuführen. Das OK besteht aus 15 Jugendlichen aus der ganzen Schweiz, welche sich ehrenamtlich für die Jugendsession engagieren. Das Forum der Jugendsession ist 2001 aus der Eidgenössischen Jugendsession entstanden und hat zum Ziel, durch Lobbying und Zusammenarbeit mit PolitikerInnen, ExpertInnen und anderen wichtigen AkteurInnen, die Petitionen der Jugendlichen umzusetzen und den Graben zwischen „erwachsener“ und „jugendlicher“ Politik zu überbrücken. Das Forum Jugendsession sucht daher die Zusammenarbeit mit allen politischen AkteurInnen und verstärkt damit die Jugendpolitik als Ganzes. Alle Aufgaben rund um die Jugendsession werden durch die Projektleitung koordiniert. Die Projektleitung der Jugendsession ist in der Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände integriert, als fester Bestandteil der Stelle “Projektleitung Politik National“.
Die Projektleitung ist die Anlaufstelle für das Bundesamt für Sozialversicherungen, die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen sowie weitere PartnerInnen der Jugendsession. Zu den Hauptaufgaben der Projektleitung gehört die Betreuung und die Leitung des Organisationskomitees bzw. des Forums Jugendsession sowie die Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung des Projektes „Eidgenössische Jugendsession“.

Das Politikverständnis der Jugendsession: Förderung- und Integrationsfunktion

Die Jugendsession ist eine parteineutrale Plattform, welche den Jugendlichen ermöglicht, am politischen Geschehen teilzunehmen, ohne Mitglied einer Partei zu sein. Die Eidgenössische Jugendsession versteht sich als Sprungbrett für alle Jugendliche die politisch und gesellschaftlich etwas bewegen möchten. Viele Jugendliche möchten in frühen Jahren keiner Partei beitreten und keine feste Bindung zu einer politischen und parteilichen Organisation haben. Einerseits ist die Entwicklung der eigenen politischen Meinung für viele Jugendliche, noch nicht so reif, dass sie sich bereits in allen politischen Belangen mit einer Partei identifizieren können, andererseits kann es für Jugendliche abschreckend sein, sich an eine Partei zu binden, in einer Phase des Lebens, wo Veränderungen alltäglich sind. Die Jugendsession stellt somit eine gute Alternative für alle Jugendlichen dar, die sich politisch aber nicht parteilich engagieren möchten.
Neben der Förderung bereits engagierter Jugendlicher, übernimmt die Jugendsession eine wichtige Integrationsfunktion. Die Eidgenössische Jugendsession ist eine Jugendveranstaltung und besitzt Eventcharakter. Sie findet im Bundeshaus statt, das Rahmenprogramm ist vielseitig und verspricht Spass und Abwechslung. Die TeilnehmerInnen kommen aus der ganzen Schweiz und gewähren dem Anlass eine heterogene Stimmung. Ferner verleihen die anwesenden BundesrätInnen, PolitikerInnen und ExpertInnen diesem Anlass noch zusätzliche Attraktivität.
Dank der jugendgerechten Organisation, dem abwechslungsreichen Programm und vielen Höhepunkten, kann die Eidgenössische Jugendsession auch solche Jugendlichen erreichen, die nicht primär politisch interessiert sind. Ziel ist es, dass diese Jugendliche nach drei Tagen Erleben der Mitsprache als Lebenseinstellung, Spass am Politisieren bekommen und sich in Zukunft politisch und gesellschaftlich auch ausserhalb der Jugendsession engagieren.

DSESSION: UND SEINE ORGANISATION

Die Eidgenössische Jugendsession als Vertretung der Jugend

Die Eidgenössische Jugendsession wird in politischen Debatten und in den Medien oft als Vertretung der Jugend wahrgenommen. Die TeilnehmerInnen der Eidgenössischen Jugendsession müssen kein Wahlverfahren durchgehen und, strikt genommen, vertreten sie auch nicht die ganze Jugend. Seit jeher sind wir uns dieser Wahrnehmung bewusst und geben der Repräsentativität der TeilnehmerInnen der Eidgenössischen Jugendsession ein grosses Gewicht. Aus den über 300 Anmeldungen werden jedes Jahr aufgrund festgelegter Kriterien 200 Jugendliche ausgewählt. Die Auswahlkriterien sind: Kantonszugehörigkeit, Geschlecht, Alter und Bildungshintergrund. Die TeilnehmerInnen entsprechen folglich der Heterogenität der Schweiz. Alle Landessprachen, Generationen, Bildungswege und Bevölkerungsschichten sind vertreten. In Zukunft werden noch zusätzliche Massnahmen getroffen, um Jugendliche mit Migrationhintergrund oder aus bildungsfernen Schichten noch vermehrt zu integrieren.

17 Jahre Eidgenössische Jugendsession: Bilanz und Ausblick

An der Jugendsession haben seit ihrer Gründung mehr als 5`000 Jugendliche aus der ganzen Schweiz teilgenommen. Die Eidgenössische Jugendsession hat es geschafft, eine bewährte politische Institution zu werden, indem sie sich im Laufe der Jahre den neuen Gegebenheiten angepasst hat, ohne dem ursprünglichen Konzept untreu zu werden. Die Innovationen, welche die Jugendsession jährlich unternommen hat, haben es erlaubt, immer neue Jugendlichen zu motivieren, an diesem Projekt teilzunehmen. Rund 100 Jugendliche haben zusätzlich die Chance gepackt, die Verantwortung der Organisation, der Durchführung und der strategischen Weiterentwicklung der Eidgenössischen Jugendsession mitzuentwickeln. Neben ihrem gesellschaftlichen Engagement haben sie Kenntnisse im Projektmanagement, im Fundraising, in der Kommunikation und im Lobbyieren erworben.

Das Projekt „Eidgenössische Jugendsession“ hat seit 17 Jahren Generationen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Gründen fasziniert. 200 politisch interessierte Jugendliche aus der ganzen Schweiz treffen sich während drei Tagen, um ihre Zukunft selber in die Hand zu nehmen und die Welt von heute und von morgen zu ändern. Während drei Tagen strahlen die TeilnehmerInnen die positive Kraft einer jungen Generation aus, die etwas bewegen möchte, die offen ist, andere Leute kennen zu lernen, die ihre eigene Meinung verteidigt, respektvoll miteinander diskutiert und Brücken baut. Diese packende Energie zeigt den Willen der Jugend, für ihre Ideen zu kämpfen.

Der Bundesrat hat in seiner verabschiedeten Strategie für eine Schweizerische Kinder- und Jugendpolitik den Vorschlag gemacht, die Eidgenössische Jugendsession und ihre Finanzierung gesetzlich zu verankern. Wir freuen uns, dass die Jugendsession einen Bestandteil der Gesetzgebung wird und, somit ihre Zukunft gesichert ist. Diese Entscheidung motiviert und bestätigt uns in unseren Bemühungen, den Jugendlichen die Politik näher zu bringen und in die Politik die Meinung der Jugend zu verbreiten.

Zurzeit sind wir in den Vorbereitungen für die nächste Eidgenössische Jugendsession, die vom 21. – 23. November 2008 im Bundeshaus durchgeführt wird. Highlight der 17. Ausgabe der Jugendsession ist, dass sie im Rahmen der Festlichkeiten zur Wiedereröffnung des Bundeshauses, nach drei Jahren Renovations- und Umbauarbeiten, stattfinden wird. Am Sonntag, den 23. November, während der Plenarversammlung werden die BesucherInnen des Tags der offenen Tür die Möglichkeit haben, die Debatten mitzuverfolgen und die positive Kraft der jungen Generation live mitzuerleben. Bereits festgesetzte Themen der diesjährigen Jugendsession sind: „Die Schweiz, die Neutralität und ihre Rolle als Wirtschaftsakteur“ sowie „Der Wert der Arbeit“. Dazu werden die TeilnehmerInnen über brandaktuelle Themen sowie über Traktanden aus der Agenda der bevorstehenden Wintersession vom National- und Ständerat diskutieren.

Seit ihrer Gründung vor 17 Jahren hat sich die Jugendsession stark weiterentwickelt. Für die Zukunft wünsche ich der Jugendsession, dass sie von den politischen AkteurInnen sowie von der breiten Öffentlichkeit noch stärker wahrgenommen wird und dass sie weiterhin ein fester Termin in der Agenda von - bereits und noch nicht - engagierten Jugendlichen und zukunftsorientierten PolitikerInnen ist.

JUNGPARTEIEN UND WEITERE P

Geo Taglioni

Die Jungparteien: Zwischen politischer Arbeit und Jugendförderung

Die Jungparteien sind politische Jugendverbände und sind für die Jugendlichen eine andere Möglichkeit, sich politisch zu engagieren. Als unabgängige Organisation oder als Sektion einer Mutterpartei vertreten sie eine bestimmte Meinung sowie konkrete Forderungen in den politischen Debatten. Dank ihrer Existenz geben sie der Jugend Sichtbarkeit und gewähren, dass ihre Meinung in politische Diskussionen einfliesst. Die Jungparteien übernehmen auch andere wichtige Funktionen. Sie motivieren Jugendliche, sich für die Allgemeinheit zu engagieren, und in der Gesellschaft aktiv zu werden. Nicht zu vergessen ist die Rolle der Jungparteien im Bereich der politischen Bildung. Dank ihren Tätigkeiten bringen sie den Jugendlichen die Politik und ihre Mechanismen näher und übernehmen eine Vorreiterrolle in der Konzeptverbreitung der „citizenship". Dank den Jungparteien können Jugendliche die Mechanismen der Politik lernen, erste Erfahrungen in Verhandlungen sammeln, eine Diskussionskultur erleben und sich thematisch vertiefen.

Warum sollte einE JugendlicheR einer Jungpartei beitreten?

Jungparteien stellen für engagierte Jugendliche eine gute Möglichkeit dar, die ersten Schritte im politischen System zu wagen. Sie werden von anderen Parteien, den Medien und der breiten Öffentlichkeit als anerkannte Akteure der Jugendpolitik wahrgenommen. Jugendliche, die sich später politisch engagieren möchten, können von diesem Anerkennungsgrad profitieren und sich eine gute Basis für ihr zukünftiges Engagement verschaffen. Die Beziehungen, welche die Jungparteien mit ihrer Mutterpartei pflegen, ermöglichen den Jugendlichen einen vereinfachten Zutritt ins Parteiensystem.
Dank der Arbeit dieser politischen Jugendverbände, werden Netzwerke geschaffen und Kompetenzen in den verschiedensten Bereichen gelehrt. Kommunikation, Projektmanagement, Lobby, Rhetorik sind nur einige der Tätigkeiten, mit denen die Mitglieder einer Jungpartei alltäglich konfrontiert werden.
Das Engagement in einer Jungpartei verlangt jedoch eine parteipolitische Überzeugung. Sich für eine bestimmte Meinung bereits in früheren Jahren zu entscheiden, verlangt Reife und eine vertiefte Auseinandersetzung mit politischen Inhalten. Nicht alle Jugendlichen sind bereit, einer Jungpartei beizutreten und somit ein gesamtes Meinungsspektrum zu unterstützen. Jugendliche, so wie übrigens ältere Leute, tendieren heutzutage dazu, politische Aktionen ad hoc zu unterstützen, ohne eine feste und längerfristige Parteibindungen einzugehen.

Alternative Partizipationsplattformen

Für solche Jugendliche, die noch keine Partei auswählen möchten, stellen die Jugendparlamente und die Jugendsession eine gute Alternative dar. Beide Plattformen erlauben Politik zu betreiben und die Gesellschaft zu beeinflussen, ohne einer Partei beitreten zu müssen. Sie können als Sprungbrett, als Forum der Meinungsbildung und als Zwischenstation im politischen Engagement betrachtet werden.
Alle diese Formen der Partizipation müssen gefördert werden und stehen nicht in Konkurrenz zueinander. Sie geben Antwort auf verschiedene Bedürfnisse. Die Jugend ist vielfältig und heterogen und das Angebot an Partizipations-Fenstern muss so vielfältig und heterogen wie die Jugend selber sein.

PARTIZIPATIONSPLATTFORMEN

Finanzierung der Jungparteien und der Partizipation der jüngeren Generationen

Die staatliche Finanzierung der Jungparteien hat in den letzten Monaten Anlass zu Diskussionen gegeben. Dabei ist hinterfragt worden, ob der Staat die Jungparteien finanzieren und somit einen Teil der Parteiensysteme mit Geld unterstützen darf.
Um die Unabhängigkeit und die Glaubwürdigkeit der Parteien zu gewähren, werden die Parteien in der Schweiz vom Staat finanziell nicht unterstützt. Die Jungparteien können jedoch nicht mit den üblichen Parteien gleichgestellt werden. Neben ihrer Rolle als politischer Akteur, übernehmen sie als Jugendverband andere wichtige Funktionen. Dass die Tätigkeiten der Jungparteien die informelle Bildung vieler Jugendlichen prägt, ist unbestritten. Ebenso ihre Rolle in der Förderung der Partizipation der jungen Generation. Der Bund muss diese Aktivitäten weiterhin finanziell unterstützen und die Rolle der Jungparteien in ihrer Gesamtheit betrachten. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, mitzudiskutieren. Partizipation muss auf allen Ebenen unterstützt werden. Die Jungparteien, die Jugendparlamente und die Jugendsession fördern die Partizipation und vermitteln die Grundkenntnisse der Demokratie. Die Demokratie braucht interessierte und engagierte BürgerInnen. Der Staat muss die Basis der Demokratie unterstützen, um sein gegenwärtiges und zukünftiges Funktionieren zu gewährleisten.

Geo Taglioni ist Projektleiter Förderbereich Politik National bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV/CSAJ.

Link-Tipps:
www.jugendsession.ch
⇨ unter www.jugendsession.ch / Links finden sich alle wichtigen Links zur nationalen Jugendpolitik und Jugendförderung und den zu Jungparteien.

Lucerne University of
Applied Sciences and Arts

HOCHSCHULE
LUZERN

Soziale Arbeit

Sozialarbeiter oder Soziokulturelle Animatorin

Bachelor in Sozialer Arbeit mit den Studienrichtungen Sozialarbeit und Soziokultur

Studieren Sie praxisnah und flexibel, Vollzeit, Teilzeit oder berufsbegleitend

Besuchen Sie unsere Infoveranstaltungen:
3. Dezember 2008, 14. Januar, 18. Februar 2009
jeweils 17.30 bis 18.45 Uhr
(Anmeldung: bachelor-sozialearbeit@hslu.ch)

Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
Werftestrasse 1, 6002 Luzern, T 041 367 48 48
www.hslu.ch/bachelor-sozialearbeit

FH Zentralschweiz

Vorankündigung

MÄDCHENARBEIT IM UMBRUCH – NEUER ANSPRUCH

Fachtagung 26./27. Januar 2009, Basel

Wo steht die geschlechtsspezifische Jugendarbeit mit Mädchen und jungen Frauen? Was kann und soll die Mädchenarbeit in der heutigen Zeit leisten? Wie arbeite ich geschlechtersensibel in gemischten Settings? Wie verhält sich Mädchenarbeit zum Gender Mainstreaming? Wie unterstütze ich Mädchen im Umgang mit sexistischen Glamourvorbildern in der Musikkultur? Was heisst Qualitätsentwicklung in der Mädchenarbeit und deren praktische Umsetzung?
Diese Fragen aus den kantonalen Netzwerken und Fachgruppen zur Mädchenarbeit bewogen die DOJ-Fachgruppe „Plattform Mädchenarbeit“, fünf Jahre nach der letzten Fachtagung zum Thema Mädchenarbeit in Bern, die gewandelten Ansätze, Bedürfnisse und Methoden in der Arbeit mit Mädchen zu thematisieren. An der Tagung soll das mädchenspezifische Fachwissen vertieft und der aktuelle Stand der Mädchenarbeit bilanziert und weiter entwickelt werden.

Zwei Referate, zehn Workshops, eine Podiumsdiskussion, Marktstände und ein buntes Rahmenprogramm mit Theater und Poetry-Slam bieten die Gelegenheit, sich über das Thema Mädchenarbeit heute zu informieren und sich im Kreise von Fachfrauen und Fachmännern darüber auszutauschen.

Die Tagung richtet sich in erster Linie an Fachpersonen der offenen Jugendarbeit in der Schweiz, Deutschland und Österreich. Ebenfalls interessant ist das Thema für Schulsozialarbeiter/innen, Lehrpersonen und VertreterInnen von Jugendverbänden und kirchlicher Jugendarbeit.

Das vollständige Programm mit Anmeldemöglichkeit : Wird in Kürze an alle DOJ-Mitglieder verschickt sowie auf www.doj.ch veröffentlicht.

Es besteht die Möglichkeit, Infomaterialien über Projekte und Konzepte an einem Marktstand aufzulegen. Interessierte wenden sich bitte an Fabienne Bohnenblust, Jugendarbeit Herrliberg, fabiennebohnenblust@hotmail.com.

Bitte frankieren

DOJ
Zentrum passepartout
Sandstrasse 5
3302 Moosseedorf

BESTELLTALON

☐ Ich bestelle das Jahresabonnement für Fr. 30.–

Institution

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

DOJ AFAJ Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz Association faîtière suisse pour l'animation jeunesse en milieu ouvert

ODER BESTELLEN SIE INFOANIMATION ONLINE UNTER WWW.DOJ.CH

InfoAnimation ist die Fachzeitschrift des Dachverbands offene Jugendarbeit Schweiz DOJ.

Sie erscheint dreimal jährlich mit thematischen Nummern. Abonnementspreis: Fr. 30.–.

Für Inserierungsmöglichkeiten, siehe: www.doj.ch

Impressum:

DOJ AFAJ Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz Association faîtière suisse pour l'animation jeunesse en milieu ouvert

Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz
Sandstrasse 5
3302 Moosseedorf
Tel. 031 850 10 25
Fax. 031 850 10 21
welcome@doj.ch
www.doj.ch

Redaktion: **Elena Konstantinidis**
Gestaltung & Layout: **hartmannzgraggen.ch**
Illustrationen: **tomfrey@bluewin.ch**
Druck: **Druckerei Gasser, Belp**